WOCHENAUSGABE

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 2.
12. Januar

4. Jahrgang
1924

für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

Aus dem Inhalt:

Schröder: Ein genossenschaftlicher Ernährungskongreß in Deutschland.

Raskolnikow: Die Sowjetunion und Afghanistan.

Landler: Das „konsolidierte" Horthy-Ungarn.

Pepper: Amerika und die deutsche Frage.

Bittel: Die russisch-englischen Wirtschaftsbeziehungen.

Browder: Neue Pläne der Klassenarbeitsgemeinschaft in den Vereinigten Staaten Amerikas.

Hsiany: Zur Frauenbewegung in China.

Die Kommunistische Balkanföderation zu den Vorfällen in der KPB.

Wagner: Das Kinderelend deutscher Barrikadenkämpfer.

Roy: Neue Strömungen im indischen Nationalismus.

Aufrufe.

Bibliographie.

Große Koalition in Sachsen.

Von Paul Böttcher.

Dresden, 4. Januar.

** Die Sozialdemokratie hat am 4. Januar in Sachsen die Große Koalition mit dem Bürgertum geschlossen. Der ehemalige „königliche" Minister und Sozialdemokrat Heldt wurde mit 25 sozialdemokratischen sowie mit sämtlichen demokratischen und volksparteilichen Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. 15 linke sozialdemokratische Abgeordnete gaben eine Erklärung gegen ihren Parteikandidaten Heldt ab und verließen vor der Abstimmung den Saal. Dittmann, Wels und Ebert haben mit Hilfe ihrer sächsischen Werkzeuge den Staatsstreich gegen die Arbeiter innerhalb der eigenen Partei geführt. Auf Befehl der Ebert-Clique wurde der Kampf für die Erhaltung der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung von der VSPD. verhindert. Dieselbe Clique organisierte den Verrat des Fellisch-Kabinetts. Jetzt hat sie ihren dritten Streich geführt und gegen „das halbe Dutzend junger Redakteure und Schullehrer" die Große Koalition in Sachsen durchgesetzt. Damit hat die Sozialdemokratie die Befehle der Militärdiktatur gehorsam erfüllt und zu ihrem Oktoberverrat den Schlußstein gesetzt.

Die herrschende Klasse begrüßt den Verrat der sozialdemokratischen Führer als „eine politische Tat". Die faschistischen „Leipziger Neuesten Nachrichten" feiern bereits den Burgfrieden und preisen in hohen Tönen die staatsmännische Weisheit der sozialdemokratischen Führerclique:

> „Aus den sozialdemokratischen Erklärungen der Herren Wirth und Heldt klang seit langer Zeit zum ersten Male wieder der Ton der Volksgemeinschaft heraus; nichts von Klassenhaß, Klassenkampf und sonstigen Phrasen, die gerade unser Volk so tief ins Unglück geführt haben. Auch die Reden des demokratischen und volksparteilichen Abgeordneten waren auf den versöhnlichen Ton gestimmt, den die Stunde erheischt."

Noch ehe die Regierungserklärung zusammenkompromisselt ist, hat bereits Herr Heldt den bürgerlichen Parteien wissen lassen, daß er ein treuer Knecht der Arbeitsgemeinschaft und des Burgfriedens sein wird.

Die Sozialdemokratie hat ihr offenes Bündnis mit dem faschistischen Klassenfeind mit der Notwendigkeit begründet, „die Republik zu erhalten und zu schützen". Unverhohlen bekennen sich die sozialdemokratischen Faschisten zum sozialen Inhalt der Ebert-Republik. Die Politik des Ausnahmezustandes und der Ermächtigungsgesetze wird von der „Opposition" der VSPD. in Sachsen offiziell aufgenommen. Die rechte Führerclique führte den parlamentarischen Handstreich zwei Tage vor dem sozialdemokratischen Landesparteitag, der über die Taktik der Partei entscheiden sollte. Formell und politisch hat sich die Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion über die Beschlüsse ihrer Parteimitglieder hinweggesetzt. Es sind jene Führer, die sich in ihren Parteibezirken im Lande vor der Arbeiterschaft als „Opposition" gegen die Politik der Reichstagsfraktion vorstellen.

Eine Führerclique, der die Beschlüsse ihrer eigenen Parteimitglieder nichts gelten, pfeift naturgemäß auf die Interessen des gesamten Proletariats. Die Bildung der Großen Koalition in Sachsen bringt die Tatsache zum Ausdruck, daß die sozialdemokratischen Führer nicht zum Proletariat gezählt werden können. Die „proletarische Mehrheit" im sächsischen Landtag mußte sich dem General und der Großen Koalition unterwerfen. Warum? Weil diese proletarische Mehrheit nur eine Fiktion ist. Denn die sozialdemokratische Mehrheit dieser proletarischen Mehrheit ist leider vom Proletariat gewählt worden, befindet sich jedoch politisch im Lager der Konterrevolution. Aus diesem Grunde kann die proletarische Mehrheit nicht zur Geltung kommen. Eine proletarische Mehrheit im Parlament ist erst dann proletarisch, wenn sie geschlossen revolutionär auftritt, das heißt wenn sie die Krise des Kapitalismus mit revolutionären Mitteln löst, den bürgerlichen Parlamentarismus durch die Diktatur des Proletariats und seine Organe, die politischen Arbeiterräte, ersetzt.

Die Kommunisten haben im sächsischen Landtag erklärt, daß sie auch nach Neuwahlen eine sozialdemokratische Minderheitsregierung nicht unterstützen werden. Diese Erklärung ist die einzig richtige Antwort auf die Zerstörung der proletarischen Einheitsfront unten, durch die sozialdemokratischen Führer oben. Seit 1920 unterstützen die Kommunisten in Sachsen sozialdemokratische Minderheitsregierungen. Die sozialdemokratischen Arbeiter waren einverstanden, als die Kommunisten die rechte Führergarnitur durch den Sturz des Kabinetts Buck-Lipinski im Frühjahre 1923 beseitigten. Die sozialdemokratischen Arbeiter setzten an die Stelle der als Feinde des Proletariats erkannten Führer neue, „linke" Führer. Diese Linken haben sich im letzten Jahre selbst abgesägt. Das Vertrauen ihrer Anhänger wurde durch ihre schwankende Politik der Halbheit und des Überlaufens in das konterrevolutionäre Lager getäuscht und mißbraucht. Der politischen Fragestellung, revolutionäre oder reformistische Lösung der Krise, wichen die Linken feige aus. Sie unterschieden sich von den Rechten nicht dadurch, daß sie die Macht der herrschenden Klasse beseitigen wollten, sondern sie wollten zur Erhaltung der kapitalistischen Herrschaft im Gegensatze zu den rechten Führern nur eine andere Methode. Die Linken hofften, die Bourgeoisie mit Hilfe der Kommunisten auf dem Wege über Neuwahlen retten zu können. Diese Hoffnungen haben ihnen die Kommunisten durch ihre klare Stellungnahme zerschlagen. Nach dem Siege der faschistischen Diktatur, nach dem Zusammenbruche der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus ist eine Arbeiterregierung vom Boden der Demokratie aus nicht mehr möglich. Selbst die kleinste Reform auf sozialem Gebiete, sei es in der Frage der Arbeitszeit oder Arbeitsdienstpflicht, in der Erwerbslosen- oder Lohnfrage, beim Beamtenabbau oder Steuersystem, überall wird sofort die Machtfrage aufgerollt. Die Machtfrage muß aber heute auf dem Boden der bürgerlichen Diktatur ausgefochten werden. Die Sozialdemokraten, die erklären, vom „Rechtsboden" aus gegen die Militärdiktatur ankämpfen zu wollen, verschleiern hinter dieser Frage nur ihre Passivität und Feigheit. Das Proletariat steht im Klassenkampfe in der gegenwärtigen Zeit außerhalb jeden „Rechts". Nur durch bewußte Zertrümmerung der bürgerlichen unrechtmäßigen Herrschaft kann sich das Proletariat sein Recht erobern. Das geschieht dadurch, daß es der bürgerlichen seine eigene Diktatur entgegensetzt.

Der Landesparteitag der VSPD. am 6. Jänner wird keine Lösung der Krise bringen. Die linken Abstinenten haben in ihrer Erklärung bei der Wahl des Ministerpräsidenten gesagt, daß sie die Entscheidung des Landesparteitages am 6. Jänner abwarten wollen. Inzwischen haben sie ein Volksbegehren auf Auflösung des Landtages gestellt. Weder durch eine „Reinigung" in der Führerschaft noch durch ein parlamentarisches Manöver wird die sächsische Dauerkrise entschieden. Das proletarische Sachsen ist ein geschichtliches Musterbeispiel für die Unmöglichkeit, erstens mit Hilfe parlamentarischer Mittel auch nur tiefgehende Reformen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft durchzuführen, und zweitens mit der sozialdemokratischen Partei gemeinsam eine aktive proletarische Klassenpolitik zum Sturz der bürgerlichen Gesellschaft zu betreiben.

Die gesamte Arbeiterschaft, und vor allen Dingen die sozialdemokratische, muß aus diesen Lehren die Konsequenzen für die aktuelle Politik ziehen. Der Märzparteitag 1923 der sächsischen VSPD. hatte die Frage Koalitionsregierung oder Arbeiterregierung zu entscheiden. Die Massen entschieden damals für Arbeiterregierung. Die Führer verrieten die Massen in dem Augenblick, als es galt, den Kampf um die Arbeiterregierung durch Massenaktionen aufzunehmen. Der Dezemberparteitag sanktionierte diesen Verrat. Der sozialdemokratische sächsische Jännerparteitag 1924 findet die obige Frage durch die Geschichte liquidiert. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die sich auf diesem Jännerparteitag wieder für die Einheitsfront mit den Kommunisten entscheiden, sie müssen sich entscheiden für die Diktatur des Proletariats. Die linken Sozialdemokraten stehen auf diesem Parteitag nicht vor der Frage Koalition oder Arbeiterregierung, sondern vor der Entscheidung über bürgerliche oder proletarische Diktatur. Wird diese Frage auf dem Landesparteitage diskutiert und entschieden, dann bedeutet das praktisch die Spaltung der sozialdemokratischen Partei*). Nur wenn die sozialdemokratischen Arbeiter den Mut finden, diesen Weg zu gehen, hat der Parteitag für die Geschichte des sächsischen Proletariats Bedeutung. Fehlt dieser Mut zur Entscheidung, dann kommt nichts heraus, als ein komödiantenhaftes Führergezänk, von dem man mit Heine sagen kann: „Mich will bedünken, der Rabbi und der Mönch, sie beide täten stinken!"

Das Koalitionskabinett Heldt ist in seiner Zusammensetzung noch nicht endgültig fertig. Es ist ermöglicht worden durch die stärksten Konzessionen der Sozialdemokraten an die bürgerlichen Parteien. Die Deutschnationalen beteiligen sich an dem Kabinett nicht, weil sie ein bürgerliches Kabinett verlangen. Die Wirkungen der Großen Koalition werden, in Verbindung mit der Militärdiktatur, das sächsische Proletariat doppelt schwer belasten. Die Arbeiterschaft Sachsens hat es in der Hand, dafür zu sorgen, daß dieses Koalitionskabinett nur eine Episode sein wird. Wie lange diese Episode dauert, hängt davon ab, in welchem Tempo die Mehrheit der sächsischen Arbeiterklasse sich unter der Führung des Kommunismus zum Widerstande gegen die bürgerliche Diktatur sammelt. Die Gemeinderatswahlen, die am 13. Jänner in ganz Sachsen stattfinden, werden ein Gradmesser für dieses Tempo sein. Die sächsischen Gemeinderatswahlen kommen in ihrer politischen Bedeutung den Landtagswahlen gleich. Der politische Wert des Wahlausganges wird noch gesteigert durch die Tatsache, daß diese Gemeinderatswahlen die ersten Wahlen unter dem Ausnahmezustand sind; es sind außerdem die ersten Wahlen nach dem Verbot der Kommunistischen Partei. Im Anschlusse an die sächsischen Gemeinderatswahlen finden im Februar Landtagswahlen in Thüringen und Mecklenburg statt. Das sächsische Proletariat führt das Vorgefecht für alle diese Wahlkämpfe. Der Koalitionsverrat der sächsischen Sozialdemokratie zeigt der Arbeiterschaft, daß es notwendig ist, endgültig mit dieser Partei zu brechen, diese Partei zu zertrümmern und die Arbeiterklasse unter die rote Fahne des Kommunismus zu vereinigen. Geschieht dies, dann hat tatsächlich die Totenglocke der bürgerlichen Gesellschaft geschlagen und das Gespenst der proletarischen Diktatur wird Fleisch und Blut werden.

Deutschland

Ein genossenschaftlicher Ernährungskongreß in Deutschland.

Von Otto Schröder (Weißenfels).

** Innerhalb der deutschen Konsumvereinsbewegung ist schon seit den ersten Jahren des Bestehens des „Zentralverbandes deutscher Konsumvereine" (1903) eine Opposition vorhanden. Es sind genau dieselben Gegensätze, die innerhalb des Internationalen Genossenschaftsbundes und innerhalb der sozialistischen Internationale (II. Internationale) eine große Rolle spielten. Nämlich, ob die Genossenschaften Organisationen sind, die eingestellt sind auf die Arbeiterinteressen und auf die sozialistische Arbeiterbewegung; ob also die Genossenschaften Faktoren im Klassenkampf des Proletariats sind! Oder ob die Konsumvereine Organisationen der Allgemeinheit sein, die, eng begrenzt, den Verbrauchern aller Richtungen dienen sollen und in den großen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen unserer Zeit „Neutralität" zu bewahren haben.

*) Nach den letzten Nachrichten ist der Landesparteitag, nach der Abstimmung zur Frage der Großen Koalition, von den in der Minderheit gebliebenen Koalitionsfreunden gesprengt worden.

Diese Frage war auf einer großen Anzahl von Genossenschaftstagungen die Entscheidende. Sie wurde auch in umfangreichen Diskussionen auf dem internationalen Sozialistenkongreß 1910 in Kopenhagen erörtert. Als die eifrigsten Verfechter der politischen „Neutralität" erwiesen sich stets die deutschen Genossenschaftsführer, und in Kopenhagen war der bekannte deutsche Gewerkschafter und Genossenschafter v. Elm der Führer der Neutralitätsgruppe. Aber auch innerhalb der deutschen Sozialdemokratie haben heftige Kämpfe stattgefunden, und man braucht nur die Namen Fleißner, Wurm und Göhre zu nennen, um den Kennern der Genossenschaftsgeschichte diese Kämpfe in Erinnerung zu rufen.

Es ist selbstverständlich, daß seitdem die Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der „Neutralität" und denen des Sozialismus nicht aufgehört haben. Aber seit Kriegsende ist eine Veränderung in der Art eingetreten, daß die Auseinandersetzungen nicht nur zwischen den Führern stattfinden, sondern sich eine breite Front der Mitgliedermassen selber aktiv beteiligt. Es ist bekannt, daß sowohl die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD.) als auch die „verbotene" Kommunistische Partei (KPD.) die Genossenschaftsarbeit in ihre Parteiarbeit eingegliedert hatten und beiderseits Zeitschriften herausgaben („Die sozialistische Genossenschaft", Greiz, und „Der kommunistische Genossenschafter", Berlin), die in proletarischer Opposition zum Zentralverband standen. Auf den letzten Genossenschaftstagungen und insbesonders in zahlreichen örtlichen Generalversammlungen ist es oft zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen.

Seit einiger Zeit steuert die Opposition auf ein konkretes Ziel los, nämlich auf die Veranstaltung eines genossenschaftlichen Ernährungskongresses. Diese Bewegung wurde eingeleitet durch einen Aufruf von 22 Konsumvereinen, der Mitte Oktober erschien — zu einer Zeit, wo „das große Sterben der deutschen Konsumvereine" begann — und ist von bekannteren Konsumvereinen unterzeichnet, wie Halle, Gotha, Remscheid, Weißenfels, Limbach, Velbert usw. In dem Aufruf wurde auf die furchtbare Lage, in der sich das deutsche Proletariat befindet, die eine Ernährungskatastrophe bedeutet, hingewiesen und festgestellt, daß in dieser Situation die Konsumvereine, die die Ernährung der Arbeiterschaft sicherstellen müßten, selber am Ende ihrer Kraft sind. Weiter sind eine Reihe Forderungen aufgestellt, die dem Proletariat und insbesonders den Konsumvereinen — wenn sie verwirklicht werden — aus ihrer katastrophalen Lage helfen. Um bei dem Rettungswerk zu einer entscheidenden Tat zu kommen, wurde ein Ernährungskongreß aller Arbeiterparteien, Gewerkschaften, Konsum- und Produktionsgenossenschaften gefordert.

Der Aufruf löste innerhalb der Genossenschaftskreise eine spontane Bewegung aus, und schon einige Tage nach seiner Veröffentlichung fand in Leipzig eine vorbereitende Konferenz für den Ernährungskongreß statt, die von 29 Geschäftsführern, 16 Aufsichtsräten, 2 Sekretären und 3 Betriebsräten beschickt war. Auf der Tagesordnung standen zwei Referate der Genossen Ertinger und Eitzen. Außer einer Resolution — die einstimmig angenommen wurde — wählte die Konferenz eine vorbereitende Kommission für den Ernährungskongreß, die aus drei sozialdemokratischen und einem kommunistischen Geschäftsführer bestand. Die Kommission hatte, nachdem sie sich mit verschiedenen Rundschreiben an die Konsumvereine und übrigen Arbeiterorganisationen gewandt hatte, und nachdem eine Reihe Zustimmungserklärungen von Konsumvereinen, den landwirtschaftlichen Genossenschaften, dem Reichsausschuß der Betriebsräte usw. eingegangen waren, für Sonntag, den 2. Dezember, den Kongreß nach Weißenfels eingeladen.

Erfreulich ist, daß sich bei dieser Bewegung nicht nur — wie es erstimmer der Fall war — die kommunistischen Genossenschafter beteiligten, sondern daß auch sozialdemokratische Genossenschafter ihre Stimme für den Kongreß erhoben und an den Vorarbeiten teilnahmen. Dies bewies sowohl die Konferenz in Leipzig — die in ihrer Mehrheit von Sozialdemokraten beschickt war — als auch die Briefe einer Reihe Konsumvereine, die nicht unter kommunistischem Einfluß stehen. Ganz anders hingegen wurde die Forderung von den Zentralverbandsinstanzen in Hamburg aufgenommen. Sie haben weder den Aufruf noch das Einladungsschreiben zur Konferenz in der Fachpresse veröffentlicht, aber dafür eine systematische Hetze gegen den Kongreß veranstaltet. Sie sind so weit gegangen, in einer Bekanntmachung der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" vom 24. November „Gegen den Mißbrauch der Konsumvereine durch politische Parteien", den Kongreß als eine „Veranstaltung im Interesse der kommunistischen Partei" zu denunzieren, weil sie wußten, daß durch diese Denunziation der Kongreß in einer Zeit der staatlichen Kommunistenhetze zur Unmöglichkeit wurde. In Hamburg kann man einen neuen „Erfolg" buchen: die Zentralverbandsinstanzen mit der Militärdiktatur Arm in Arm gegen die proletarische Opposition. Vom Wehrkreiskommando 4 in Dresden wurde die Genehmigung für den Kongreß am 2. Dezember versagt.

Wie dieser Widerstand des Zentralvorstandes aufgenommen wird, zeigt eine Resolution, die in einer überfüllten Generalversammlung unseres Konsumvereines mit großer Mehrheit angenommen wurde:

> „Die Generalversammlung begrüßt auf das lebhafteste, daß der Weißenfelser Verein die Führung der Gruppe der 22 Konsumvereine übernommen hat, die zur Rettung der Genossenschaftsbewegung und zu einer wirksamen Hilfe im Ernährungskampfe des Proletariats einen Ernährungskongreß einberufen werden. Daß sich diesmal zahlreiche neue Konsumvereine beteiligen wollten, ist ein erfreuliches Zeichen für die unbedingte Richtigkeit des Wollens der proletarischen Opposition.
>
> Umso empörter ist die Generalversammlung über den Vorstand des ‚Zentralverbandes deutscher Konsumvereine' in Hamburg, der diesmal nicht nur die übliche Sabotage gegen alles, was Opposition bedeutet, geübt hat, sondern — wie seine Bekanntmachung vom 24. November in der ‚Rundschau' beweist — in seiner Erregung so weit gegangen ist, diesen Kongreß als eine parteipolitische Veranstaltung der Kommunisten zu denunzieren, weil hierdurch in der Zeit der staatlichen Kommunistenhetze die Abhaltung der Konferenz zur Unmöglichkeit wurde. Inzwischen ist die KPD. bereits von der Militärdiktatur Seeckts verboten worden. Die Generalversammlung protestiert auf das entschiedenste gegen diese Vergewaltigung der revolutionären Arbeiterbewegung!
>
> Die Generalversammlung fordert die Verwaltung des Konsumvereins auf, weiter zu marschieren auf ihrer alten Linie für eine klassenbewußte proletarische Genossenschaftsbewegung, damit die Konsumvereine endlich aufhören, die verräterische Arbeitsgemeinschaft mit den Kapitalisten fortzusetzen und sich restlos einstellen auf einen energischen und konsequenten Kampf zusammen mit sämtlichen Arbeiterorganisationen für die Ernährung des Proletariats und zur Eroberung wirtschaftlicher und politischer Machtpositionen für die Arbeiterklasse."

*

Auch von anderen Vereinen wird mit aller Energie an dem Kongreß festgehalten, weil er als Symbol gebraucht wird für eine rettende Aktivität aus einer Situation, die durch ihre Unentschlossenheit und ein gefährliches Sichtreibenlassen gekennzeichnet ist. In einer Besprechung von Vertretern der 22 Konsumvereine ist ein Protest gegen die Bekanntmachung des Zentralvorstandes beschlossen worden und die vorbereitende Kommission hat sich nochmals an den Zentralvorstand wegen der Beteiligung an dem Kongreß gewandt. Vom Konsumverein Halle ist der vorbereitenden Kommission die Zeitung zur Verfügung gestellt zur geistigen und organisatorischen Förderung des Kongresses, und die erste Nummer der Genossenschaftszeitung ist bereits erschienen. (Bezug durch das Sekretariat des Allgemeinen Konsumvereins, Halle an der Saale.)

Der Kongreß, der durch das Verbot des Wehrkreiskommandos verschoben worden ist, soll in den nächsten Wochen stattfinden. Für die Genossenschaftsbewegung wird er eine Art Ventil bedeuten, um die aufgespeicherten Sprengungen „ungefährlich" zur Entladung zu bringen. Der Zentralverband wird sich gründlich überlegen müssen, ob er nicht noch in letzter Minute kehrt macht und mit der Opposition gemeinsam die Lebensfragen der Konsumvereine und des Proletariats löst; andernfalls wird er auf seine „Führerrolle" bald gänzlich verzichten müssen.

Politik

Die Sowjetunion und Afghanistan.

Von A. Raskolnikow.

Genosse Raskolnikow, der bisherige bevollmächtigte Vertreter der Sowjetunion in Afghanistan, äußerte sich nach seiner Rückkehr nach Moskau einem Redakteur der „Prawda" gegenüber über die innen- und außenpolitische Lage Afghanistans. Nachstehend bringen wir das Wesentliche dieses Interviews zum Abdruck. Die Red.

** Obwohl Afghanistan in der Nachbarschaft der Sowjetunion liegt, haben nicht nur die Arbeiter- und Bauernmassen Sowjetrußlands, sondern auch des an der afghanistanischen Grenze liegenden Sowjetturkestan über dieses Land eine ziemlich unklare Vorstellung. Unter dem Joche des englischen Imperialismus war Afghanistan von der gesamten Außenwelt künstlich isoliert und für europäische Besucher fast unerreichbar. Erst im Jahre 1919 nahm das Land seine diplomatischen Beziehungen mit anderen Ländern, besonders auch mit den Sowjetrepubliken auf.

Afghanistan lebt heute, nachdem es den Weg der Reformen und des planmäßigen Staatsaufbaues betrat, in einer äußerst wichtigen Periode seiner Geschichte. In wirtschaftlicher Hinsicht gehört Afghanistan zu den rückständigsten Ländern. Die Mehrzahl seiner Bevölkerung führt noch ein Nomadenleben und beschäftigt sich mit Viehzucht. Die Anfänge einer einheimischen Industrie sind in Kabul in der Fabrik „Maschin-Chane" konzentriert, in der militärische Ausrüstungsgegenstände und allgemeine Bedarfsartikel hergestellt werden.

Um diese Anfänge einer Industrie zu fördern, erhebt die Regierung hohe Einfuhrzölle. Besonders stark kämpft sie gegen die Einfuhr englischer Waren. So werden zum Beispiel englische Manufakturwaren, Zigaretten, Luxusartikel mit 200 bis 300% ihres Nominalwertes verzollt. Als Kuriosum dieses Kampfes gegen die englische Einfuhr kann folgendes Beispiel angeführt werden: Wenn der Emir einen seiner Untergebenen in einem aus englischem Stoffe genähten Kleide bemerkt, schneidet er in das Kleid mit einer Schere eigenhändig ein großes Loch. Dieser Kampf gegen die englische Einfuhr berührt natürlich die Interessen der englisch-indischen Kaufleute sehr empfindlich.

Während der letzten 80 Jahre hatte Afghanistan mit England drei Kriege und kann den Engländern ihre blutigen Strafexpeditionen noch immer nicht verzeihen. Besonders erbittert denkt die Bevölkerung von Kabul an den letzten englisch-afghanischen Krieg im Jahre 1919 zurück, während dessen englische Aeroplane gegen die Hauptstadt Afghanistans eine ganze Reihe von Bombenangriffen geführt haben.

Wir dürfen behaupten, daß der elementare Haß der Bevölkerung gegen die Engländer in direktem Verhältnis steht zu den aufrichtigsten und wärmsten Sympathien zur Sowjetunion. Die im Mai dieses Jahres ausgebrochene Krise der russisch-englischen Beziehungen trug in starkem Maße zum Wachsen der Volkstümlichkeit der Sowjetunion in Afghanistan bei. Die Bevölkerung hat sich davon überzeugt, daß Sowjetrußland trotz des starken Curzonschen Druckes auf eine selbständige und unabhängige Politik im Osten nicht verzichtet, und das vermehrte das Prestige Sowjetrußlands außerordentlich. In der letzten Zeit erfuhr unsere Freundschaft mit Afghanistan eine besondere Verstärkung. Dieser Umstand gab Lord Curzon und anderen Gehilfen des englischen Imperialismus keine Ruhe. Die Intrigen und diplomatischen Kniffe des englischen Gesandten in Kabul führten nicht zu dem erwünschten Resultat. Die Regierung Afghanistans weigerte sich, die Rolle eines Werkzeuges der englischen Politik zu spielen, und hielt an ihrer selbständigen politischen Linie fest. Somit blieb den Engländern nichts anderes übrig, als mit der Faust auf den Tisch zu schlagen und die Regierung des unabhängigen Afghanistan durch ein Ultimatum herauszufordern. Aber die unmittelbaren Ursachen des englischen Vorgehens liegen noch tiefer. Es handelt sich darum, daß sich England von der revolutionären Stimmung der zwischen Indien und Afghanistan wohnhaften Volksstämme sehr beunruhigt fühlt.

Diese Volksstämme, obwohl sie nicht vollkommen unabhängig sind, und sich in einem gewissen Grade unter englischem Einflusse befinden, haben bis zur letzten Zeit eine gewisse Unabhängigkeit genossen. Jetzt hat England erkannt, daß die Zeit zu einer endgültigen Unterjochung dieser Stämme und ihrer Entrechtung ähnlich der übrigen indischen Bevölkerung gekommen ist, um seine entscheidenden Operationen in Asiristan und Afridistan mit gesicherter Rückendeckung durchführen zu können. Das Ultimatum bildet einen Teil des großangelegten englischen Planes und soll die Regierung Afghanistans einschüchtern, eine Panikstimmung hervorrufen, um dadurch die Operationen von dieser Seite her zu sichern.

Im Falle eines Krieges zwischen England und Afghanistan werden alle Sympathien der 70 Millionen englischer Muselmanen an der Seite Afghanistans sein. Außerdem ermöglicht die günstige geographische Lage Afghanistans die Verteidigung der engen Bergtäler mit geringen Kräften gegenüber der vieltausendköpfigen englischen Armeee.

Angesichts der großen Anhänglichkeit der Bevölkerung an ihre junge Unabhängigkeit, sind die Aussichten auf eine Kapitulation der Regierung Afghanistans vor England äußerst gering. Sie ist sich vollkommen klar, daß die Ausweisung des Bevollmächtigten Vertreters des Rätebundes aus Kabul in Wirklichkeit das Ende der unabhängigen Existenz des Staates bedeuten würde. Das Ergebnis dieses frechen und anmaßenden Ultimatums des Lord Curzon wird allen Anzeichen nach darin bestehen, daß Afghanistan noch viel stärker als bisher eine Annäherung an die Sowjetunion suchen wird. Die Geschichte arbeitet für uns.

Die lügenhaften Behauptungen der englischen Presse, Afghanistan sei nicht von der englisch-indischen Grenze her, sondern von Turkestan bedroht, wo angeblich die „Sowjetimperialisten" große Kräfte zu einem Angriff gegen Afghanistan konzentriert hätten, sind nur zur Bearbeitung der englischen und indischen öffentlichen Meinung erfunden worden, die man mit dem Gespenst der „Roten Gefahr" schrecken will. Bekanntlich gibt es in Turkestan eine territoriale Armee, und daher kann hier von einer Konzentrierung großer Streitkräfte überhaupt keine Rede sein.

Das „konsolidierte" Horthy-Ungarn.

Von Eugen Landler.

Die Frage der ausländischen Anleihe.

** Die jetzt vor dem Abschlusse stehende ausländische Anleihe und die jüngsten Bombenattentate rücken die ungarische Frage wieder in den Vordergrund. Die gegenwärtige Horthyregierung wurde von der ausländischen Anleihesachverständigenkommission als Vertreterin der Großagrarier und des ungarischen Finanzkapitals eingeschätzt. Die ungarische bürgerliche Opposition und die Sozialdemokratie brandmarkten diese Regierung in den letzten Wochen — immer aber in sehr loyalem Tone — als die Führerin der Desorganisationstendenzen und die stillen Kompagnons der Erwachenden Magyaren. Die letzte Einschätzung widerspricht nur scheinbar der ersteren. In einem Lande, in dem es möglich war, die Diktatur des Proletariats zu errichten und monatelang aufrechtzuerhalten, ist es schon eine Höchstleistung der siegreichen Konterrevolution, daß sie neben den kapitalistischen Desorganisationstendenzen auch kapitalistische Konsolidierungstendenzen aufzeigen kann.

Worin besteht der ungarische Konsolidierungsprozeß, den die Sachverständigen konstatierten und als gut fundierte Grundlage der Völkerbundanleihe akzeptierten? Sie stellten fest, daß trotz des Sturzes der Habsburger, trotz der gewesenen Räteherrschaft und, trotzdem die siegreiche Gegenrevolution anscheinend das städtische Kleinbürgertum, die Mittel- und Kleinbauern und die deklassierte ungarische Gentry begünstigte, in Ungarn eine nicht hoch genug einzuschätzende Tendenz, den Großgrundbesitz wieder zur Herrschaft zu bringen, vorhanden ist und daß im Bunde mit dieser Tendenz das Finanzkapital ungeheuren Einfluß auf das ungarische Wirtschaftsleben gewonnen hat.

Was bedeutet diese Feststellung? Vor der Diktatur war Ungarn das klassische Land der Latifundien. Der Großgrundbesitz besaß beinahe die wirtschaftliche und politische Alleinherrschaft. Trotz dieser Struktur vollzog sich in den letzten Jahrzehnten in Ungarn eine großzügige Industrialisierung, worauf Engels schon in den neunziger Jahren aufmerksam machte (Vorwort zu „Klassenkämpfe in Frankreich"). Dieser Einfluß erreichte im agrarfeudalem Ungarn während des Krieges einen enormen Höhepunkt. Die Räteherrschaft hat den Großgrundbesitz nicht zer-

schlagen. Die siegreiche Konterrevolution konnte — trotz Vorspiegelung falscher Tatsachen — namentlich trotz antikapitalistischer und ursprünglich antigroßagrarischer Parolen, das Zurgeltungkommen der tatsächlichen wirtschaftlichen Macht des Großgrundbesitzes in Ungarn keineswegs verhindern.

Ebenso steht es in Ungarn mit der Machtposition des Finanzkapitals. Ungarn hatte eine verhältnismäßig stark entwickelte Großindustrie, die vom Bankkapital beherrscht wird. Das verkleinerte Ungarn hat mehr als 60% seiner ursprünglichen Grundfläche verloren, aber mehr als 70% seiner Großindustrie behalten. Die Großagrarier haben schon jahrzehntelang sehr rege persönliche und materielle Verbindungen mit dem Finanzkapital, das seinen Einfluß auch auf landwirtschaftlichem Gebiete ausübte. Die Räteherrschaft verursachte dem Finanzkapital starken Schaden, die unmittelbaren Auswirkungen verspürte es noch lange, und auch die rumänische Besatzung lähmte lange seinen Einfluß. Auch die erste Zeit des weißen Terrors begünstigte die Stärke seines Einflusses keineswegs. Die blödsinnige Parole: „Vernichtung des Kapitals und der Großindustrie, Herstellung des christlichen Kleinbetriebes durch christliche Staatsunterstützung!" konnte aber keinesfalls dauernd hindernd wirken. Die Unterstützung Horthy-Ungarns durch die internationale Reaktion, die Rückständigkeit der Industrie in Rumänien und Jugoslawien und das Vorkommen gewisser Rohmaterialien begünstigten die weitere Industrialisierung Horthy-Ungarns und auch den Einfluß des Finanzkapitals. Tatsächlich konnte man schon Anfang 1923 feststellen, daß eine einzige Großbank, die Rothschildsche Kreditbank, 152 der größten Industrieunternehmungen beherrscht. Im Jahre 1923 wurden von den Banken 220 Fabriken in Ungarn gegründet, und zwar 70 Textil-, 52 chemische, 39 Ziegel-, 45 Ernährungsmittel-, 48 Eisen- und Metall-, 28 Papier-, 10 Möbel-, 16 Leder-, 5 Glas-, 5 Bürsten- und 2 Edelmetallfabriken.

Diese Tatsachen, diese von der ausländischen Kommission konstatierten und von der bezahlten ausländischen Presse großgezogenen Konsolidierungstendenzen, beweisen, daß sich die wirtschaftlichen Kräfte auch in Horthy-Ungarn mit Naturnotwendigkeit durchsetzen. Bedeuten sie aber gleichfalls, daß die durch Krieg, proletarische Revolution und Gegenrevolution hervorgebrachten und umgestalteten Kräfte und die von diesen Kräften geleiteten Tendenzen beseitigt wurden?

Eine gedrängte Darstellung der anderen Seite wird jedermann davon überzeugen, daß dies keineswegs der Fall ist.

Im verkleinerten Ungarn blieb das Verhältnis des Großgrundbesitzes zum Klein- und Mittelbesitz fast dasselbe. Die mittelalterlichen Überbleibsel wirken sich noch mehr aus. Von den in der Landwirtschaft beschäftigten Erwachsenen beträgt, zusammen mit den Landarbeitern, 1,300.000 die Zahl derjenigen, die vom Ertrage des eigenen Bodens sich und ihre Familien nicht erhalten können; mit den Minderjährigen und arbeitsunfähigen Familienmitgliedern zusammen macht diese Schichte die Hälfte der gesamten Bevölkerung aus. Die Schichte der mittleren und kleinen Landwirte ist in Ungarn zahlenmäßig die größte besitzende Klasse. Vor dem Kriege vollkommen verschuldet und unorganisiert, war sie politisch in das Schlepptau der Großagrarier geraten. Während des Krieges bezahlten sie ihre Schulden mit billigem Gelde bei enorm hohen Getreidepreisen und machten sich so wirtschaftlich unabhängig. Die Diktatur wollte sie neutralisieren, die Gegenrevolution begünstigte sie in der ersten Zeit mit allen Mitteln. Sie waren die stärkste Stütze der Gegenrevolution und glaubten nicht nur selbst, sondern erweckten auch nach außen den Anschein, die führende Klasse der Gegenrevolution zu sein. Was aber kein Schein ist: Diese Klasse ist in der Nachkriegszeit nicht dieselbe Klasse wie vor dem Kriege. Die Gegensätze verschärfen sich um so mehr, als diese Schichte sich nur eines einzigen bewußt ist, daß eine Konsolidierung im Geiste des Großgrundbesitzes und des Finanzkapitals eine ungeheuere Belastung für sie und das Verschwinden ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit bedeuten würde. Dagegen wehren sie sich mit allen Kräften. Das ganze Wesen des ungarischen Parlamentarismus und der Leitung der Regierungsgeschäfte besteht eben darin, daß einmal die Bauernpartei hinter den Kulissen ihre Erpressungsmanöver gegen die Großagrarier, ein anderes Mal diese die ihrigen gegen die Bauernpartei durchführen. Vielleicht könnte die wirtschaftlich stärkere Kraft die Bauern niederringen. Diese Kraftprobe würde aber katastrophal wirken. Es könnte dann eine viel ernstere Partei der Kleinbauern entstehen. Und eben, weil Ungarn eine ernste proletarische Diktatur mitgemacht hat, fürchten sich die Großagrarier vor nichts so sehr wie vor einer solchen Partei, die — da die Sozialdemokratie in Ungarn die Interessen der Landarbeiter immer verraten hat — die eine Million starke Landarbeiterschaft mit sich reißen könnte. Diese Umstände machen es erklärlich, daß die sonst konservative Bauernpartei im jetzigen „Konsolidierungsprozeß" sehr lebendig als ein wichtiges Desorganisierungselement wirkt.

Ebenso wirken aber auch noch in Ungarn die Kräfte einer Schichte, die zwar zum größeren Teile schon längst besitzlos geworden ist, aber dennoch in der Geschichte Ungarns immer eine eigenartige große Rolle spielte. Das sind die ungarischen Gentry, alte Adelige, einst neben den Magnaten und Pfaffen die Besitzer des feudalen Eigentums. Ihrem Charakteristikum nach steht ihr der polnische Adel am nächsten, dem sie auch immer große Sympathien entgegenbrachte. Beschränkt, roh, arbeits- und kulturscheu, mit ausgeprägten barbarischen Instinkten, wurde diese Schichte nach ihrem wirtschaftlichen Untergang von der ungarischen Oligarchie als schlecht besoldetes Werkzeug des ungarischen Unterjochungsapparates untergebracht. Sie war die Seele der unter Horthys Führung — während der ungarischen Räteherrschaft und unmittelbar nach dem Sturze der Diktatur — sich zusammenraffenden nationalen Armee, hauptsächlich aber der sogenannten Offiziersdetachements. Aus dieser Schichte stammen jetzt größtenteils die Führer der weißen Terrorgruppen, der bewaffneten Macht; sie sitzen in den verschiedenen Ministerien und in den Munizipalverwaltungen an der Spitze. Horthy selbst gehört der Gentry an, und sie betrachtet ihn nicht nur als Führer, sondern auch als die einzige Hoffnung zur Rekonstruierung der Macht des „magyarischen Mittelstandes". Der Krieg, die Revolution und die Gegenrevolution brachten es dazu, daß auch diese Schichte nicht dieselbe geblieben ist. Die Erschütterung Ungarns — und sie sehen in der ganzen Krise des Kapitalismus nur dies einzige — hat sie zum Bewußtsein ihrer Deklassiertheit wenigstens in dem Sinne gebracht, daß jede wie immer geartete Konsolidierung ihren Tod bedeuten würde. Jetzt sind sie organisiert, in sämtlichen legalen und illegalen patriotischen Vereinigungen haben sie die Oberhand, sie spielen eine führende Rolle unter den unzufriedenen Staatsangestellten; teilweise bewaffnet, leben sie vorzüglich aus legalen und illegalen Staatsmitteln, von Benefizien, patriotischen Erpressungen, Raub, Mord und Attentaten, und sie haben ihren Beschützer und Verweser: Horthy. Es liegt eben in der Dialektik der Dinge, daß diejenigen, die in einem agrarfeudalem Lande unter normalen Verhältnissen die Beschützer der Oligarchie waren, im labilen Zustand des Machtapparates mit Bomben sich auch gegen eine agrarfeudale Konsolidierung wehren.

Der Geist der ungarischen gegenrevolutionären Bureaukratie spiegelt den Geist dieser Schichte vollkommen wider. Nach dem Sturze der Räteherrschaft hat man zu Tausenden die „destruktiven" Elemente aus der Bureaukratie entfernt und die Ämter mit Angehörigen der Gentry vollgestopft. Obwohl Ungarn die Hälfte seiner Bevölkerung verloren hat, ist die Zahl der Staatsbeamten jetzt mit 60% größer als sie es im großen Ungarn war. Ein bedeutender Teil der Einnahmen wird dazu verwendet, den Beamten — nebst Entlohnung — Lebensmittel und Bedarfsartikel zu einem Preise zu geben, der 10 bis 20% des Marktpreises beträgt. Es ist begreiflich, daß diese Schichte jeder „Konsolidierungstendenz" als Todfeind gegenübersteht, daß sie weiß, daß dies neben dem Personalabbau auch den vollständigen Abbau der Lebensmittelzuschüsse bedeuten würde.

Diese Tatsachen machen es verständlich, daß, während die Horthyregierung mit sämtlichen Parteien, die Sozialdemokratie selbstredend eingeschlossen, wiederholt Burgfrieden im Interesse der die Konsolidierung befestigenden Anleihe schließt, die besten Stützen derselben Gegenrevolution, Bauern und Gentry, mit der ausgesprochenen Absicht, die Anleihe und damit die Konsolidierung zu verhindern, mit Hitler zur Durchführung eines bewaffneten Putsches formelle Verträge abschließen, gegen die französische Gesandtschaft Bombenattentate inszenieren und durch Handgranaten Hunderte töten wollen. Ebenso wird es auch begreiflich, warum alle diese Verbrecher unbestraft bleiben müssen und warum der große Verkünder der Konsolidierung, Bethlen, gleichzeitig auch der höchste verantwortliche Beschützer aller destruktiven Bestialitäten bleiben muß.

———

Amerika und die deutsche Frage.

Von J. Pepper (New York).

** Die amerikanische Regierung, das sind der Präsident Coolidge, der Stahltrust und die Wall Street, haben den Plan für die ausgedehnteste reaktionäre Verschwörung geschaffen, die man sich vorstellen kann. Ihre Endziele sind: die Rettung des deutschen Kapitalismus durch eine internationale Anleihe, die Vorbereitung eines entscheidenden Feldzuges gegen Sowjetrußland und im Innern der Vereinigten Staaten die Unterwertung der kleinen Landwirte und der Proletarier unter das gefestigte Gesetz des Kapitals.

Noch niemals hatte der Imperialismus der Yankees einen kühneren Plan ausgeheckt. Noch niemals ist ein größer angelegter Versuch zur Wiederherstellung des Kapitalismus ins Auge gefaßt worden.

Man muß dieses Vorhaben kennen, um den englisch-amerikanischen Plan zur Regelung der Reparationsfrage zu begreifen.

Die Vereinigten Staaten wollen eine deutsche Revolution verhindern. Der ganze Plan beruht im Grunde auf einer großen internationalen Anleihe, die die amerikanischen Bankiers Deutschland gewähren würden und die die Regierung von Washington zu garantieren hätte. Die Finanzleute der Wall Street verstehen besser als irgend jemand die Bedeutung des bevorstehenden sozialen Kampfes in Deutschland. Sie wissen, daß die deutschen Kapitalisten ohne eine Anleihe ihre Industrie nicht mit Rohstoffen versorgen und die Verpflegung des Reiches nicht sichern können. Sie wissen, daß die Unfähigkeit der herrschenden Klassen Deutschlands, ihre Unfähigkeit, die Produktion fortzuführen und das Land zu ernähren, eine Revolution herbeiführen muß. Menschenfreundliche Gefühle kommen bei dieser amerikanischen Anregung nicht in Betracht. Es handelt sich nur darum, daß die großen Finanzleute jenseits des Atlantischen Ozeans von einem Sowjetdeutschland nichts wissen wollen.

Die Vereinigten Staaten hätten längst Deutschland retten können. Es hätte genügt, wenn sie gegen den französischen Imperialismus Stellung genommen hätten. Es geschieht wahrlich recht spät, daß sich der Präsident Coolidge geneigt erklärt hat, Deutschland zu Hilfe zu kommen, indem er ihm eine internationale Anleihe erleichtert. Die Wahrheit ist die, daß das amerikanische Kapital Deutschland nicht helfen wollte, solange es notwendig war, den französischen Imperialismus zu bekämpfen. Das Mitleid des Herrn Coolidge mit dem hungernden Deutschland erwacht erst beim Gedanken an den Sturz des deutschen Kapitalismus.

Herr Calvin Coolidge, der Präsident der Republik dafür geworden ist, daß er einen Streik der Polizei in Boston gebrochen hat, ist sich selbst treu. Der amerikanische Kapitalismus wollte an der Spitze seiner Republik einen guten Streikbrecher sehen. Diese Rolle hofft Herr Coolidge im internationalen Maßstabe zu spielen.

Seine Politik gegenüber Deutschland, erklärte Coolidge erst vor kurzem, sei die ausgesprochene Nichteinmischung. Aber er hat sich noch deutlicher ausgesprochen: „Wenn sich die deutsche Republik in eine Monarchie verwandeln würde, würden die Vereinigten Staaten sich nicht einmengen." Die deutschen Monarchisten hätten in ihren kühnsten Träumen keine feierlichere und wirksamere Aufmunterung erhoffen können. Herr Child, der Botschafter der Vereinigten Staaten in Rom, hat sich am Tage nach dem Staatsstreiche, der Mussolini zur Diktatur gebracht hat, mit seinen Glückwünschen beim faschistischen Ministerpräsidenten eingestellt. Herr Woods, Botschafter der Vereinigten Staaten in Madrid, war der erste ausländische Diplomat, der den General Primo de Rivera nach seinem Pronunziamento beglückwünscht hat. Dies genügt, um zu zeigen, welche Fortschritte die auswärtige Politik des amerikanischen Imperialismus seit 1917 gemacht hat. Im Jahre 1917 erklärten die Vereinigten Staaten den Mittelmächten den Krieg, um „in der Welt dem demokratischen Prinzip zum Durchbruch zu verhelfen". Im Jahre 1923 ist der amerikanische Imperialismus in Europa der Vorkämpfer der brutalsten, antidemokratischesten Formen der Diktatur. Im Jahre 1918 erklärte Wilson dem deutschen Volke, daß Amerika mit den Hohenzollern nicht verhandeln würde. Im Jahre 1923 verspricht Coolidge dem deutschen Volke Brot im Falle der Wiederherstellung der Monarchie.

Was ist die Ursache dieser Änderung? Der amerikanische Kapitalismus ist an der Sicherstellung des Kapitalismus in Deutschland interessiert. Aber er hat kein Zutrauen zur kleinbürgerlichen und sozialdemokratischen Republik Eberts; er zweifelt, ob diese armselige Republik die Kraft hat, die Ordnung zu erhalten. Er glaubt, daß eine unmittelbare Diktatur der Großgrundbesitzer und der Schwerindustrie ihren Gläubigern mehr Garantien für die Rückzahlung bieten würde.

Schließlich wünscht er die Isolierung Rußlands und auch dort die Wiederherstellung eines ernst zu nehmenden Kapitalismus. Ein reaktionäres Deutschland, denkt er, würde dazu gerne die Hand bieten.

Im Inlande stößt ihn eine andere Triebkraft vorwärts. Er ist bereit, Deutschland Anleihen zu gewähren, allenfalls auch anderen Ländern Europas, unter der Bedingung, daß die Schuldnerländer das amerikanische Gold für den Ankauf von Getreide und Lebensmitteln in Amerika verwenden.

Und das ist verständlich. Der amerikanische Kapitalismus erlebt mit Angst den Bankrott der Farmer, die durch ihre schlechte Wirtschaftslage immer stärker revolutioniert werden. Das vollständig zusammengebrochene Europa kann den Landwirten der Neuen Welt weder Getreide noch Vieh abkaufen. Auf der anderen Seite des Atlantischen Ozeans hat das Elend des deutschen Proletariers sein Gegenstück an dem Elend des amerikanischen Landwirtes. Schließlich scheint die Blütezeit der amerikanischen Industrie ihrem Ende entgegenzugehen. Die Petroleumindustrie macht eine Überproduktionskrise durch. Kupfer ist auf 12·5 Cents pro Pfund gesunken. Die Aufträge in der Stahlindustrie nehmen ab. In der Bauindustrie herrscht Stillstand. Kurzum, die Truste sehen eine Krise kommen, die ihnen Millionen von Arbeitslosen mit einer höchst beunruhigenden Gemütsverfassung auf den Hals zu hetzen droht. Unter diesen Umständen Deutschland eine Anleihe zu gewähren, hieße, es ihm ermöglichen, in Amerika Getreide, Petroleum, Textilprodukte, Kupfer, Stahl zu kaufen.

Aus allen diesen Gründen sieht die Republikanische Partei in Ängsten die allgemeinen und Präsidentenwahlen von 1924 näherkommen. Die Unzufriedenheit der Farmer und der Arbeiter stellt ihr eine sichere Niederlage in Aussicht. Die beiden traditionellen Parteien, die republikanische und die demokratische, fürchten das Aufkommen einer dritten Partei, die die Kandidatur von Ford propagieren könnte. Die Arbeiterpartei kristallisiert sich inzwischen auch heraus, trotz der Gompers, der Johnston und der Hilquitt. Wenn das Jahr 1924 in Amerika ein Jahr der Industriekrise wird, werden die Vereinigten Staaten so große Schwierigkeiten zu erfahren haben, wie sie sie seit dem Sezessionskriege nicht erlebten.

Wirtschaft

Die russisch-englischen Wirtschaftsbeziehungen.

Von Karl Bittel.

** Für die Wirtschaft Großbritanniens ist es auf die Dauer eine Unmöglichkeit, von dem Wirtschaftskörper Rußlands völlig abgetrennt zu sein. Man rechnet daher damit, daß in allernächster Zeit eine Wiederaufnahme der gesamten Handelsbeziehungen mit Rußland und nach der Beseitigung der Regierung Baldwin auch die politische Anerkennung der Sowjetregierung durch Großbritannien erfolgen wird.

Unter den Vorkämpfern für geregelte Wirtschaftsbeziehungen sind mit Erfolg die Genossenschaften beider Länder tätig. Es bestehen bereits lebhafte Beziehungen insbesondere zwischen dem „Zentrosojus", dem großen Allrussischen Genossenschaftsverband, dessen Ressort Auslandtätigkeit von dem Genossen Kissin geleitet wird. Dieser „Zentrosojus" hat auch in London ein selbständiges Kontor (W. S. 2., Haylitt House, Southampton), das bereits eine sehr lebhafte Ein- und Ausfuhrtätigkeit entwickelt hat. Ebenso ist der große englische Genossenschaftsverband ein starker Faktor der Beziehungen zu Rußland, und erst neuerdings ist der Sekretär des Internationalen Genossenschaftsbundes May zum zweiten Male in Moskau gewesen, um tatkräftig für diese Beziehungen einzutreten.

Es ist noch erinnerlich, daß, als vor einem halben Jahre durch das Ultimatum von Curzon eine schwere Gefahr für die gegenseitigen Beziehungen drohte, es der englische Genossenschaftstag in Edinburgh gewesen ist, der seine Autorität, die er in weiten Kreisen Großbritanniens genießt, zu

folgender einstimmig beschlossenen Resolution an die Regierung verwendete:

„Der Kongreß ist der Meinung, daß die gegenwärtige kritische Lage, in der sich Großbritannien und Rußland befinden, eine Bedrohung für das Fortbestehen der wirtschaftlichen Beziehungen und darüber hinaus vor allen Dingen auch für den europäischen Frieden bedeutet. Er fordert daher die britische Regierung auf, durch fortgesetzte Verhandlungen und auf jede andere Weise ihren ganzen Einfluß dafür einzusetzen, daß die Beziehungen zu Rußland aufrechterhalten und gebessert werden und so der europäische Friede gewahrt bleibe."

Sowjetrußland hat soeben, dank der Rührigkeit der Genossenschaftsorganisationen, einen eminenten Sieg auf seiner Wirtschaftsfront errungen: Mit erheblichem englischen Kapital ist eine englisch-russische Getreideexportgesellschaft gegründet worden. Diese gemischt-nationale Gesellschaft ist als ein Vorläufer dessen zu betrachten, was nach dem Zustandekommen der politischen Vereinbarungen zwischen Großbritannien und Sowjetrußland in größerem Umfange existieren wird. Dann werden endlich für Sowjetrußland die notwendigen Kredite nicht nur für den Aufbau, sondern für die fabelhaften Projekte zur Elektrifizierung und Ökonomisierung seiner Volkswirtschaft beschafft werden können.

Diese Gründung ist zugleich als der erste große Erfolg des internationalen genossenschaftlichen Warenaustausches zu betrachten. Zwar hat es der Internationale Genossenschaftsbund selber nicht fertig gebracht, einen internationalen genossenschaftlichen Handelsaustausch zu schaffen, obwohl bereits im Jahre 1921 der Geschäftsführer der tschechischen Großeinkaufsgesellschaft Lustig (Prag) einen entsprechenden Vorschlag beim Internationalen Genossenschaftsbund gemacht hat, worüber aber bis heute noch die Verhandlungen schweben.

Über den interessanten organisatorischen Aufbau der Gesellschaft seien folgende Einzelheiten mitgeteilt: Die russischen Partner sind die Export-chleb m. b. H., die Arcos m. b. H. und der „Zentrosojus".

Die Export-chleb ist diejenige wirtschaftliche Organisation, die in der Hauptsache die Geschäfte des staatlichen Außenhandelsmonopols besorgt. An ihr sind beteiligt das Volkskommissariat für den Außenhandel, die Staatsbank, der „Zentrosojus", der Allrussische Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften „Selskosojus", die Allrussische Genossenschaftsbank „Wsekobank" und die Getreidebaugesellschaft m. b. H. „Chleboproduct".

Die Arcos m. b. H. ist die Ein- und Verkaufsagentur des Kommissariats für den Außenhandel, die die Regierungsabteilung, Truste und die nichtgenossenschaftlichen Organisationen in London vertritt.

Der „Zentrosojus" England m. b. H. ist die Londoner Organisation des Zentrosojus in Moskau.

Die englischen Partner sind die englische Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine „Co-operative Wholesale Society (C. W. S.) in Manchester, die 1226 Organisationen umfaßt, ein eigenes Kapital von 28 Millionen Pfund Sterling besitzt und einen Warenumsatz 1920/21 von 96 Millionen Pfund Sterling hatte. Außerdem sind beteiligt die Getreidefirmen Lawrence, Shipton und Andersohn & Co. und die Schiffsreedereien Furness, Withy & Co.

Das Kapital der Gesellschaft beträgt 100.000 Pfund Sterling, davon sind 50.000 Pfund von russischer Seite aufgebracht, 25.000 von den englischen Genossenschaften und 25.000 Pfund von den englischen Firmen. Im Vorstand sind vier russische Vertreter, darunter die Genossen Kissin und Wise vom „Zentrosojus". Von englischer Seite zwei Genossenschafter (Golightly und Hawkins) und zwei Vertreter der Privatfirmen. Den Vorsitz im Vorstand führt ein russischer Genosse.

Die Aufgabe der Gesellschaft ist das Aufkaufen von Getreide in den russischen Häfen und der Export nach England, Frankreich und Südeuropa. Ein Verkaufsmonopol von Getreide hat die Gesellschaft in Italien, Frankreich, Belgien, Spanien und Portugal und für bestimmte Getreidearten auch in anderen Ländern. Es haben sich bereits führende englische Banken bereit erklärt, jederzeit Kredite bis zu einer Million Pfund Sterling zu geben, und ebenso wird die Bank der englischen Konsumvereine die Finanzierung fördern.

Es sei bei dieser Gelegenheit erwähnt, daß der „Zentrosojus" zu den aktivsten Pionieren für die erfolgreiche Ausgestaltung des russischen Außenhandelsmonopols gehört, an den neben dem Staat und den großen Trusten sämtliche Genossenschaftsarten Teilhaber sind. Die Außenhandelstätigkeit des „Zentrosojus", der jetzt in England, Schweden, Türkei, Tschechoslowakei, Lettland, Estland, Nordamerika, Persien, China usw. große eigene Kontore hat, weist heute bereits eine aktive Handelsbilanz in Höhe von etwa 1 Million Pfund Sterling auf; in Amerika ist es ihm gelungen, von einer Reihe amerikanischer Firmen laufende Kredite in Höhe von mehreren Millionen Dollar zu erhalten; außerdem haben sich amerikanische Banken bereit erklärt, die Operationen des „Zentrosojus" auf dem Rohstoffmarkte sowohl in Amerika als auch im fernen Osten und in den Baltischen Staaten laufend zu finanzieren.

Soeben wird auch mitgeteilt, daß es dem „Selskosojus", dem Zentralverband der Allrussischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, während seiner Anwesenheit auf dem Washingtoner Kongreß für Landwirtschaft in New York gelungen sei, erfolgreiche Verhandlungen wegen Krediten zu pflegen. In derselben Richtung arbeitet die Allrussische Genossenschaftsbank — die „Wsekobank" — die jetzt an 20 Stellen Rußlands Filialen hat. Auf ihrer letzten Session hat sie den Beschluß gefaßt, die Bildung von gemischten Banken im Auslande einzuleiten, um damit die Verbindung mit den ausländischen Geldmärkten besser zu gestalten und die ausländischen Finanzoperationen der Genossenschaften zu konzentrieren, um zugleich auf diesem Wege ausländisches Kapital zur Finanzierung der russischen Genossenschaftsbewegung mobil zu machen.

Ohne Zweifel haben mit der Gründung der Getreideexportgesellschaft die russischen Genossenschaften in Verbindung mit den englischen Genossenschaften erneut einen entscheidenden Schritt auf jenem Wege getan, auf dem sich Sowjetrußland den Weltmarkt erobern wird. Die Genossenschaftsbewegung kann stolz darauf sein, daß sie mitgeholfen hat bei der Pionierarbeit, den weiten russischen Markt für Europa zu erschließen. Bei den Kapitalisten ist die Erregung natürlich darüber groß, weil diese Handelsverbindung möglich ist „unter der Knute des russischen Außenhandelsmonopols". Damit sind ihre Spekulationen hinfällig, mit denen sie bestimmt damit rechneten, mittels kaufmännischer Interventionen (mit dem gleichen Zweck wie die militärischen Interventionen) Sowjetrußland niederzuzwingen und wie eine Kolonie dem Kapital tributpflichtig zu machen. Jedenfalls ist erneut erwiesen, daß das Außenhandelsmonopol Rußlands kein Hemmnis für den internationalen Warenaustausch ist, sondern im Gegenteil, daß es auf einer ganz neuen — antikapitalistischen — Basis die internationalen Handelsbeziehungen zu regeln vermag, wenn es auch weiterhin gelingt, die großen genossenschaftlichen Organisationen direkt in die internationale Handelstätigkeit einzubeziehen.

Arbeiterbewegung

Neue Pläne der Klassenarbeitsgemeinschaft in den Vereinigten Staaten Nordamerikas.

Von Earl R. Browder (Chicago).

** Wenn die kürzlich ausgeheckten Pläne der Eisenbahnwerkstättengewerkschaften Wirklichkeit werden, so werden diese binnen kurzem auf die Stufe von Hilfsstellen der Verwaltungen der verschiedenen Eisenbahngesellschaften herabsinken, und ihre Rolle als Kampforganisationen wird endgültig ausgespielt sein. Das ist der wirkliche Sinn der „Zusammenarbeitspläne", die Herr Wm. H. Johnston in einer Versammlung in St. Louis ankündigte und über die in der Gewerkschaftszeitung „The Labour" vom 24. November berichtet wird. Herr Johnston bringt in Vorschlag — und er spricht offenbar für die meisten Beamten der Werkstättenarbeitergewerkschaften — daß die Gewerkschaften zu wirksamen Hilfsorganen der Gesellschaften werden sollen, die diesen Gesellschaften durch die Beschäftigung von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern weit größere Vorteile bringen sollen als die Beschäftigung von Nichtorganisierten. Die Gewerkschaftsbureaukraten wollen sich also die Gunst des Kapitals erkaufen, damit die Verbände, statt von den Unternehmern boykottiert zu werden, vielmehr von ihnen freundlichst in die Beratungszimmer eingeladen werden.

Und dieser Plan wird jetzt ausgeprobt bei der „Baltimore- und Ohio-Eisenbahngesellschaft". Die Gewerkschaften werden kompetente Sachverständige stellen, die den Unternehmern zeigen sollen, wie man aus ihren Mitgliedern höhere Arbeitsleistungen

herauspressen kann. „Der Gedanke, der unserem Dienst bei der Baltimore- und Ohio-Gesellschaft zugrunde liegt," sagt Herr Johnston, „kann mit der Idee verglichen werden, die dem Betriebsdienst zugrunde liegt, der durch große Hilfsgesellschaften, die den Eisenbahnen vertragsmäßig Brückenbogen, Überhitzer, Schmieröl usw. liefern, ausgedehnt wird." Mit anderen Worten: Die Gewerkschaft soll eine Art Hilfsgesellschaft für die Eisenbahnunternehmungen werden und diesen Arbeitskraft verkaufen, genau so wie eine andere Gesellschaft ihr Schmieröl gegen Bezahlung liefert. Sie will wie jede andere Erwerbsgesellschaft auf dem Markt konkurrieren und sich verpflichten, größere Arbeitsleistungen zu geringeren Kosten, als sie selbst nichtorganisierte Arbeitskräfte zu liefern vermögen, zur Verfügung zu stellen. Das ist der eigentliche Inhalt des famosen Planes der Gewerkschaftsbureaukratie.

Die Wirkung dieses Vorschlages muß, sofern er in der gesamten Verkehrsindustrie Geltung erlangt, auf die vollkommene Ausschaltung des Gewerkschaftsgedankens hinauslaufen. Er verkörpert eine Methode, die den Eisenbahnunternehmungen gestattet, die Eisenbahngewerkschaften ihren Ausbeutungszwecken unterzuordnen und zu Quellen der Profitsteigerung zu machen. Er schafft eine neue direkte Konkurrenz für die gelben Werkvereine, indem er dem Unternehmertum verspricht, daß es mit ihm noch weit besser fahren werde, als wenn es unter erheblichen Kosten selbst gelbe Werkvereine großzüchtet. Herr Johnston drückt sich über diesen Punkt wie folgt aus: „Ich möchte so nachdrücklich wie nur möglich betonen, daß es in der Aufgabe der positiven Zusammenarbeit innerhalb der Eisenbahnindustrie keinen Ersatz für die wirklichen Eisenbahnverbände geben kann ... Ich bleibe dabei, daß eine solche Regelung der Frage, solange sie ihren gesunden Sinn behauptet, nie wieder den Wunsch aufkommen lassen wird, daß die angeschlossenen Berufsorganisationen aus dem geplanten Vertragsverhältnis ausgeschaltet werden." Die Agitation für den „offenen Betrieb" (das heißt für die vollkommene Freiheit der Unternehmer bei der Einstellung ihrer Arbeitskräfte) soll dadurch gegenstandslos gemacht werden, daß die Gewerkschaften selbst alles aus ihren Organisationen fernhalten, was das Unternehmertum nicht wünscht. Wenn man die Gewerkschaften zu Organisationen ganz nach dem Wunsche der Unternehmer macht, wenn man sie zu Profitquellen für die Kapitalisten zum Nachteil der Arbeiter umgestaltet, so folgt daraus, so sicher wie die Nacht auf den Tag folgt, daß es in Zukunft zu keinen Konflikten mehr mit dem Unternehmertum kommen wird. Die Sache ist also ganz verblüffend einfach.

Wie ist es möglich, daß ein so schmutziges Gift, von sogenannten verantwortlichen Gewerkschaftsführern, in die Arbeiterbewegung hineingeträufelt werden kann? Wären diese Vorschläge vor zwei Jahren gemacht worden, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Mitgliedermassen sie aufs allerschärfste zurückgewiesen hätten. Allein jetzt haben die Werkstättenarbeiterorganisationen einen langen verlorenen Kampf hinter sich, die Verbände sind auf einer ganzen Anzahl von Eisenbahnlinien vollkommen ausgeschaltet und als Gesamtheit überall ernstlich geschwächt, überall herrschen Pessimismus und Hoffnungslosigkeit. Die Austrittsbewegung hat erhebliche Fortschritte gemacht. Unter diesen Umständen haben die Werkstättenarbeiterorganisationen, die unter der reformistischen Seuche ihrer Führung leiden, die Bereitwilligkeit ausgesprochen, sich von denselben Kurpfuschern eine neue Dosis Medizin verabreichen zu lassen.

Das Hauptmotiv für das Vorgehen der reaktionären Bureaukratie der Eisenbahnwerkstättenarbeiterverbände liegt in ihrem Wunsche, sich in der Führung und in ihren angenehmen Lebensstellungen zu behaupten. Sie fürchten jeden ernstlichen Kampf gegen die Eisenbahngesellschaften, waren aber durch die Mitgliedermassen gegen ihren Willen zur Streikanerkennung gedrängt worden. Nichtsdestoweniger haben sie kein Mittel unversucht gelassen, um den Kampf zu sabotieren. Sie taten nichts zur Zentralisierung des Kampfes, zur Unterstützung der Streikenden, noch zur Erweiterung des Streikes auf die übrigen Berufsgruppen. Nach dem Mißerfolg des Streikes verbreiteten sie Panikstimmung, um zu versuchen, sich in ihren Stellungen zu behaupten. Die einzige Maßnahme, die die Situation hätte retten können, der Zusammenschluß aller bestehenden Eisenbahnergewerkschaften, war ihnen natürlich im Herzen zuwider. Statt dessen versuchen sie ihre Organisationen mit Unterstützungseinrichtungen aller Art zu beglücken. Doch diese Versuche erlitten kläglich Schiffbruch. So blieb der bankrotten Bureaukratie, die vor jeder fortschrittlichen Maßnahme zurückschreckte, nur noch ein Ausweg: der Gang zum Unternehmertum. Und sie machte diesen Gang. Der Erfolg war der Plan der Zusammenarbeit mit den Unternehmern.

Es ist also durchaus kein Wunder, daß die kapitalistische Presse den Vorschlag Johnstons als staatsmännisch begrüßt und eine neue Ära brüderlicher Zusammenarbeit zwischen Arbeit und Kapital ankündigt. Die Kapitalisten haben in der Tat allen Grund, sich zu freuen, wenn es ihnen gelingt, mit Hilfe von Leuten, wie Johnston, erfolgreich Arbeitsgemeinschaftspolitik zu betreiben. Denn diese bedeutet auf eine gewisse Zeit hinaus bestimmt eine Lähmung der Arbeiterbewegung. Bei dieser Zusammenarbeit spielen die Kapitalisten die Rolle des Wolfes in der Fabel von Wolf und Lamm. Daß aber sogar ein Teil der Gewerkschaftspresse in das Freudengeheul der Wall Street einstimmt, ist ein weiterer Beweis für die vollkommene Skrupellosigkeit oder Korruption der herrschenden Führerclique in der amerikanischen Arbeiterbewegung.

Allein der überschlaue Plan der Arbeitsgemeinschaft zwischen den Werkstättenarbeiterverbänden und den Eisenbahnkapitalisten dürfte wohl kaum gelingen. Nicht die Propaganda der fortschrittlichen und revolutionären Gewerkschaftler wird ihnen das Genick brechen, sondern die harten und zwingenden Tatsachen des Klassenkampfes selbst.

Die Raubgier der Eisenbahngesellschaften wird die Arbeiter sehr rasch aus dem süßen Traum der Burgfriedenspolitik aufschrecken und sie zur Wiederaufnahme des Kampfes gegen ihre Ausbeuter zwingen. Die Arbeitsgemeinschaft ist schon im voraus zum Tode verurteilt. Aber in ihrem Fall kann sie den Eisenbahnergewerkschaften den schwersten Schaden zufügen.

Die Aufgabe der klassenbewußten Arbeiter in den Eisenbahnergewerkschaften muß sein, die Unternehmerpropaganda mit äußerster Energie zu bekämpfen und die Mitgliedermassen auf die ungeheuerlichen Folgen der ihnen drohenden Lage aufmerksam zu machen. In den Werkstättenarbeiterorganisationen muß der Geist wahren Gewerkschaftlertums mit allen Mitteln lebendig gehalten und vertieft werden, und zwar allen Burgfriedensplänen der Johnstons und Compagnie zum Trotz. Es muß darauf hingearbeitet werden, daß alle bestehenden Eisenbahnerorganisationen einen neuen Aufschwung nehmen und sich im Kampfe durchsetzen. Ein Hauptziel muß dabei sein: die Zusammenfassung der zahlreichen Eisenbahnergewerkschaften in einen mächtigen Industrieverband, der imstande ist, die Forderungen der Arbeiter gegenüber dem Unternehmertum im Kampfe durchzusetzen. So und nicht anders muß die Parole aller tätigen Gewerkschaftler gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik der reaktionären Gewerkschaftsbureaukratie lauten.

Proletarische Frauenbewegung

Zur Frauenbewegung in China.

Von K. G. Hsiany.

Die gegenwärtige Frauenbewegung in China offenbart sich in drei verschiedenen Richtungen: Die Arbeiterinnenbewegung, der Feminismus und die Bewegung des Y. M. C. A.

I. Die Arbeiterinnenbewegung.

Infolge der Entwicklung des internationalen Imperialismus wurde die chinesische Mauer zerstört, die Industrialisation geschaffen. Auf der Ruine des patriarchalischen Regimes erstanden moderne Fabriken, die größtenteils den Kapitalisten des Auslandes gehörten. Die Textil-, Seiden- und Zigarettenindustrie umfassen eine ganze Armee von Arbeiterinnen. Die ausländischen Kapitalisten konstatieren mit Recht, daß die Frauen ihrem Betrug viel leichter zum Opfer fallen als die Männer und beuten sie deshalb unbarmherzig aus. Durch Not und Entbehrungen werden die Arbeiterinnen in den Klassenkampf gedrängt. Die folgenden Statistiken bezeugen die Aktivität der Bewegung:

Ort	Fabrik	Zahl der Streikenden	Datum	Beweggrund	Resultat
Shanghai	Sino-japanische Textilfabrik	1.000	2. II. 1922	Volle Gehaltauszahlung per Monat	Mit Erfolg
Shanghai	Sansin Textilfabrik	1.000	13.—23. II.	Gehaltserhöhung	Erfolglos
Shanghai	Chensin Textilfabrik	80	Februar 1922	Gegen den Werkmeister	Erfolglos

Ort	Fabrik	Zahl der Streikenden	Datum	Beweggrund	Resultat
Shanghai	Japanische Textilfabrik	70	29. III. 1922	Aufrechterhaltung der Gehälter	Erfolglos
Shanghai	Sino-japanische Textilfabrik	3.800	16.—26. IV. 1922	Gehaltserhöhung	Mit Erfolg
Shanghai	Anglo-amerik. Zigarettenfabrik	300	3.—5. V. 1922	Aufhebung des neuen Fabrikreglements	Mit Erfolg
Shanghai	Ymen-Mo Textilfabrik	200	19. VI. 1922	Gehaltserhöhung	Mit Erfolg
Shanghai	44 Seidenfabriken	20.000	15. VIII. 14. IX. 1922	Gewerkschaftsrecht, Gehaltserhöhung, Verminderung des Arbeitstages	Erfolglos
Shanghai	Japanische Textilfabrik	—	2. X. 1922	Behandlung d. Arbeiterinnen	Mit Erfolg
Shanghai	Vanson Textilfabrik	—	17.—19. X. 1922	Gehaltserhöhung	Mit Erfolg
Shanghai	Sino-japanische Textilfabrik	—	1.—23. XI. 1922	Gewerkschaftsrecht	Erfolglos
Shanghai	Anglo-amerik. Zigarettenfabrik	2.000	2.—29. XI. 1922	Gehaltserhöhung	Erfolglos
Shanghai	Hanto Textilfabrik	—	17. XII. 1922	Verfolgung der Arbeiterinnen	Erfolglos
Shanghai	Anglo-amerik. Zigarettenfabrik	150	13. XI. 1922	Gehaltserhöhung	Erfolglos
Hupei	Anglo-amerik. Zigarettenfabrik	3.000	November 1922	Gewerkschaftsrecht und Gehaltserhöhung	Mit Erfolg
Hupei	Anglo-amerik. Zigarettenfabrik	3.000	Januar 1923	Gewerkschaftsrecht und Behandlung der Arbeiterinnen	Mit Erfolg

Die Zahl der Streiks ist 18, 60 Fabriken waren an den Streiks beteiligt. Zahl der Streikenden: 30.000; Beweggrund: Gehaltserhöhung und Verminderung der Arbeitszeit. Der Leser wird in diesen Statistiken drei Streiks von höchster Wichtigkeit bemerken: zwei in Shanghai: Seiden- und Sinojapanische Textilindustrie, einen in Hupei: Zigarettenfabrik. Die erste Austrengung um das Recht der Gewerkschaft war infolge der Unorganisiertheit ohne Resultat. Wie dem aber auch sei, so war es doch der erste größte Streik der chinesischen Arbeiterinnen, der mehr als 20.000 Frauen in den Kampf gezogen hat. Die zwei anderen waren, dank der Solidarität der Arbeiterinnen, mit Erfolg gekrönt.

II. Die feministische Bewegung.

Nach der Revolution 1911, an der sich mehrere Frauen führend beteiligt hatten, begann in China die feministische Bewegung. Obschon gleich nach dem Thronsturz diese Bewegung eine große Tätigkeit entfaltete, so schwächte sie sich doch schon während der Reaktionszeit, die bis 1919 dauerte, merklich ab. Mit der Konstituierung der Regierung des Südens erwachte auch die feministische Bewegung wieder, und zwar hauptsächlich in Kanton. Eine Gruppe intellektueller Frauen forderte die Gleichheit bürgerlicher und politischer Rechte für Frauen. Diese Forderung wurde von der Jugend beiderlei Geschlechtes lebhaft unterstützt und im Jahre 1920 mit Erfolg gekrönt: in den Gemeinderat von Kanton wurde eine Frau gewählt; andere wurden zu Inspektoren des Unterrichtes, zu Gemeindebeamten, Beamten der Statthalterschaft etc. ernannt. Im Jahre 1922 schufen die Studentinnen von Kanton eine politische Gesellschaft, die sich zum Ziele setzte, um ökonomische, politische und bürgerliche Rechte zu kämpfen. — In Shanghai, Tientsin, Nanking, Peking und anderen großen Städten bildeten sich gleichartige Organisationen mit der Aufgabe: **Kampf um Gleichheit zwischen Mann und Frau.**

Die Tätigkeit der chinesischen Feministinnen besteht in gemeinschaftlichen Bittgesuchen und pazifistischen Forderungen an das Parlament:

Im feministischen Programm stehen folgende Forderungen:
1. Politische Rechte;
2. Erbrecht und unabhängige Verwaltung des Vermögens;
3. Arbeitsgleichheit — Lohngleichheit;
4. Gleiche Rechte in der Ehe;
5. Gleichheit im Unterricht und Erziehung.

Die feministische Assoziation von Shanghai hat außerdem in ihrem Programm Forderungen für die weiblichen Postangestellten sowie die Forderung des Achtstundentages für die Arbeiterinnen der Seidenfabriken aufgestellt, ferner Untersagung der Beschäftigung in Fabriken für Kinder unter 14 Jahren und einen Ruhetag pro Woche für die Arbeiterinnen.

Die Frauenassoziation Chinas hat zum letzten Internationalen Frauenkongreß eine Delegation geschickt.

III. Die christlichsoziale Frauenbewegung.

Außer den oben genannten Organisationen existieren in China noch christliche Frauenorganisationen (Christliche Jugend, Anglo-amerikanische Assoziation der christlichen Frauen usw.). Sie sind ziemlich zahlreich und arbeiten für wohltätige Zwecke, sie errichten zum Beispiel Stellenvermittlungsbüros für Frauen, Gesellschaften für gegenseitige Hilfe, Schulen für junge Mädchen usw.

Diese Gesellschaften beschäftigen sich mehr oder weniger mit den Arbeiterinnen, aber nur im rein kleinbürgerlichen, demokratischen Sinne. Sie haben Delegationen an die Internationalen Kongresse für Arbeitsschutz der Frau geschickt.

*

Von diesen drei Arten von Frauenbewegung in China ist nur die Arbeiterinnenbewegung eine Massenbewegung. Die feministische Bewegung ist eine Bewegung der Intellektuellen mit rein kleinbürgerlicher Ideologie und opportunistischer Taktik, die nicht die geringste revolutionäre Tat zuläßt.

Trotzdem ist aber zu bemerken, daß viele Mitglieder der chinesischen Frauenorganisationen aktiv die nationalrevolutionäre Bewegung unterstützen und also in eine breitere Tätigkeit der Massen übergehen. Es gibt darunter Elemente, die mehr oder weniger enge Verbindungen mit den breiten Massen der Arbeiter haben.

Die feministische Bewegung Chinas umfaßt einige tausend aktive Mitglieder.

Die christlichsoziale Bewegung sucht die Massen der Arbeiterinnen in ihre Reihen zu ziehen, indem sie Reformen für die ökonomische Verbesserung, besonders aber Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Frau verlangt; aber diese reformistische Bewegung steht ganz unter dem Einfluß des ausländischen Kapitals und versucht immer wieder, die revolutionäre Bewegung lahmzulegen.

Aus der Internationale

Die Kommunistische Balkanföderation zu den Vorfällen in der KPB.

** Das Präsidium der Kommunistischen Balkanföderation befaßte sich mit der Lage der K. P. Bulgariens und mit dem äußerst zu verurteilenden Verhalten einiger ihrer Vertreter im Parlament. Es findet den Beschluß des ZK. der KPB., Nikola Sakaroff und die mit ihm solidarisierenden Mitglieder der Partei, die sich in Gegensatz zu ihrem Programm und ihren Prinzipien gestellt und gegen die Disziplin derselben verstoßen haben, aus der Partei auszuschließen, als vollkommen richtig.

Der Septemberaufstand und die schwere Lage, in die die K. P. Bulgariens nach der Niederlage dieser Volksbewegung geraten ist, mußten selbstverständlich die unsicheren, schwankenden und unserer Bewegung fremd gegenüber stehenden Elemente, die sich während der vorigen Periode in die Reihen der Partei eingeschmuggelt haben, ans Tageslicht bringen. Die Reinigung der Partei von diesen Elementen ist in unvermeidlicher Gesundungsprozeß sowie eine Vorbedingung für den Erfolg ihres weiteren Kampfes.

Das Präsidium ist fest davon überzeugt, daß die ganze Partei wie ein Mann gegen die Versuche einiger ihrer kleinmütigen und verräterischen Elemente, die Partei zu spalten und dieselbe vom Befreiungskampfe gegen die militärisch-faschistische Diktatur abzulenken, aufstehen wird.

Rote Hilfe

Das Kinderelend deutscher Barrikadenkämpfer.

Von Ehrenfried Wagner.

** Im Monat November waren in Deutschland zwölfhundert Frauen und zweitausendvierhundert Kinder revolutionärer Kämpfer zu unterstützen, wovon allein 400 Kinder auf Hamburg entfallen. Das bedeutet für die Rote Hilfe keine leichte Aufgabe. Es darf nicht vergessen werden, daß schon an sich in Deutschland eine große Hungersnot herrscht. Was die Kinder der politischen Gefangenen und der toten Barrikadenkämpfer betrifft, so befinden sich dieselben in ganz besonders trostlosen Verhältnissen.

Von den 2400 Kindern, die auf Rote Hilfe warten, besitzen 1800 keine Hemden und nur 350 Hemd und Kleid. Nur 10% haben brauchbares Schuhzeug, alle anderen haben derart zerrissene Stiefel, daß sie damit unmöglich bei nassem Winterwetter auf die Straße gehen können. Sie können nicht einmal zur Schule gehen und sind gezwungen, im Bett liegen zu bleiben. Nur 3% der Kinder leben in einer geheizten Stube. Nahrungsmittel in geregelter Weise erhalten nur diejenigen Kinder, deren Mutter arbeiten und die einen halbwegs erträglichen Lohn beziehen. Das ist ein verschwindend geringer Prozentsatz. Diejenigen Frauen, deren Männer sich an „Unruhen" oder „Gewaltätigkeiten" beteiligt haben, stehen damit auch außerhalb der Gesetze der bürgerlichen Ordnung und haben natürlich keinerlei Anspruch auf Unterstützung durch die Staatskasse. Sie sind auf sich selbst angewiesen. Woher aber sollen sie Arbeit erhalten, da es gegenwärtig in Deutschland sowieso schon Millionen von Arbeitslosen gibt?! Der Witwe eines im Straßenkampfe gefallenen sächsischen Arbeiters wurde ein Wochenlohn von einer Goldmark gleich ein Vierteldollar, angeboten unter der Bedingung, daß sie täglich sechs Stunden Pflichtarbeit verrichtet. Diese Pflicht- oder besser Zwangsarbeit sollte im Reinigen von Aborten und Spucknäpfen in Schulgebäuden bestehen. Für den gesamten Wochenlohn hätte sie sich gerade ein Pfund Pferdefleisch kaufen können.

Ohne eine breitere Schilderung dieser Notstände zu geben, kann man sich sehr wohl vorstellen, wie schwer es den Frauen politischer Gefangener wird, sich und ihre Kinder vor dem Verhungern zu schützen. Da die Preise für Gas und Heizmittel unerschwinglich hohe sind, können nur 15% der Kinder politischer Gefangener zu Hause ein warmes Mittagessen erhalten. Die übrigen müssen sich mit einem lauwarmen Aufguß von Kaffeeersatz und einer Scheibe eines aus Kartoffeln und Speltzen bestehenden Brotes begnügen. Sämtliche Kinder sind unterernährt und keines hat das seinem Alter entsprechende Körpergewicht. Milch wird auch an Kinder nur auf ärztliches Attest ausgegeben, und zwar nicht mehr als 50 g täglich. Dazu ist diese Milch fast stets stark verdünnt. Da aber Hinterbliebene von „Plünderern" und „Hochverrätern" kein Recht haben, Armenhilfe in Anspruch zu nehmen, so können die Kinder der politischen Gefangenen nicht einmal in den Besitz dieses bescheidenen Nahrungsmittels kommen. Selbst im Krankheitsfalle sind lange Wege und Petitionen nötig, ehe ärztliche Hilfe geschickt wird. Der Gesundheitszustand ist ein beängstigend schlechter. Stark ist die Tuberkulose unter diesen schlecht ernährten Kindern verbreitet. Fast mit ähnlich hohem Prozentsatz treten unter ihnen auch Skrofulose, Rhachitis, Skorbut und progressiver Kräfteschwund auf. Man kann ohne jede Übertreibung sagen, daß wenn diesen Kindern der politischen Gefangenen nicht umgehend durchgreifende Hilfe gebracht wird, man mit einem Massensterben derselben rechnen muß.

Gewiß ist die Rote Hilfe in der letzten Zeit dazu übergegangen, an die Hinterbliebenen der politischen Gefangenen wenigstens einmal täglich ein warmes Mittagessen zu verabfolgen, aber angesichts der ungeheuren Not ist auch das nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Man kann nicht im entferntesten davon sprechen, daß diese Not auch nur einigermaßen gelindert wäre, trotz der großen Summen, die das Zentralkomitee der Internationalen Roten Hilfe in der letzten Zeit nach Deutschland geschickt hat. Erst in den letzten Tagen erhielt das ZK. der IRH. folgendes dringende Telegramm aus Deutschland:

„Schickt sofort Geld. Uns fehlen alle Mitteln, die Unterstützungen auszuzahlen.

Rote Hilfe Deutschland."

Das ZK. hat natürlich sofort einen größeren Betrag überwiesen. Aber man muß berücksichtigen, daß heute die Kaufkraft des Dollar in Deutschland stark geschwunden ist. Für einen Dollar kann man sich gegenwärtig vielleicht gerade ein Pfund Fleisch kaufen. Nehmen wir einmal nur 3600 Unterstützungsheischende an (und das wären nur die Familienangehörigen der Gefangenen), so kann man sich selbst ausrechnen, daß mit einer Summe von 5000 Dollar monatlicher Unterstützung für die Gesamtzahl nicht viel anzufangen ist. Hinzu kommt, daß die eingangs genannten Zahlen der Hinterbliebenen noch aus der Zeit vor der Illegalität der deutschen Kommunistischen Partei stammen und daß inzwischen die Zahl der Opfer gewachsen ist und täglich noch wächst. Zu gleicher Zeit aber übersteigen die Preise für Lebensmittel immer mehr die Weltmarktpreise, das heißt man kann sich in Deutschland für einen Dollar immer weniger kaufen. Da die Zahl der Gefangenen, Hinterbliebenen, Flüchtlinge sehr gewachsen ist, macht sich für Deutschland eine monatliche Unterstützung von mindestens 30.000 Dollar notwendig. Das Zentralkomitee der Internationalen Roten Hilfe kann aber aus seinem Fonds keine höhere Summe als 10.000 Dollar für Deutschland auswerfen. Die übrigen 20.000 Dollar müssen durch schnellste und intensivste Sammlungen vom internationalen Proletariat aufgebracht werden.

Wir alle sind dafür verantwortlich, daß die Kinder und Frauen derjenigen Revolutionäre, die heute im Gefängnis sitzen, nicht im Elend umkommen. Es müssen warme Kleidungsstücke bereitgestellt und Gelder gesammelt werden einerseits zur baren Unterstützung der Opfer des Klassenkampfes, andererseits zur Errichtung von Kinderheimen, in denen die deutschen Revolutionswaisen unterzubringen sind. An diesem so notwendigen Hilfswerk müssen alle Arbeiter und alle Sympathisierenden des revolutionären Kampfes mithelfen und auf keinem Fall dürfen diese Kinder der tapferen Klassenkämpfer im Stich gelassen werden.

Aus dem Lager der Gegner.

Neue Strömungen im indischen Nationalismus.

Von M. N. Roy.

** Das hervorragendste Merkmal der indischen Nationalistenbewegung während des letzten Halbjahres ist ein Zug nach rechts gewesen. Das Programm der streitbaren Massenaktion, das mit der Kampagne für Non-Cooperation (Nichtmitwirkung) untrennbar verbunden war, ist endgültig durch den Konstitutionalismus verdrängt worden. Jegliche Tendenz revolutionärer Natur ist abgewiesen worden. Die Führung des Nationalkongresses ist in die Hände der oberen Mittelklasse übergegangen, deren Programm es ist, nicht die Regierung zu boykottieren, sondern den Weg für Verhandlungen freizumachen, die allenfalls zu einem Kompromiß mit dem Imperialismus führen werden. Zum Ziele des Kongresses ist unter der neuen Führung der Swaraj-Partei offen die Herbeiführung der Stellung als Dominion innerhalb des Imperiums erklärt worden. Die scheinparlamentarischen Einrichtungen, die unter dem Namen Reformcouncils (Reformräte) bekannt und bisher von den Anhängern der Nichtmitwirkung boykottiert worden sind, sind von der neuen Führung als das ergiebigste Gebiet nationalistischer Betätigung bezeichnet worden.

Im letzten Jahre, als der Kongreß noch von den Anhängern Gandhis geführt wurde, beantragte der rechte Flügel unter der Führung von C. R. Das die Ablehnung des Boykotts der Räte. Auf dem Kongreß von Gaya im Dezember 1922 wurde dieser Antrag abgelehnt. Der rechte Flügel, der sich weigerte, der Entscheidung des Kongresses beizutreten, konstituierte sich innerhalb des Kongresses als eine neue Partei, bekannt als die Swaraj-Partei, und begann die Agitation für die Aufhebung des Bannspruches gegen die Räte. Die neue Partei bestand aus den Elementen der oberen Mittelklasse innerhalb des Kongresses und zählte daher in ihren Reihen einige der fähigsten und geschicktesten Politiker der nationalen Bewegung. Die orthodoxen Anhänger Ghandis hatten auf der anderen Seite nichts Konkretes zu bieten, das der Bewegung neuen Anstoß gegeben hätte. Sie konnten nur die abgenützten Formeln wiederholen, die auf dem Gebiete der praktischen Politik jämmerlich unfähig befunden worden waren. Dadurch, daß sie die sreitbare

Aktion der Massen rundwegs abwiesen, hatten die Anhänger Ghandis deren Vertrauen verscherzt. Die einst mächtige Nichtmitwirkungsbewegung war zu einer bloßen Schaustellung herabgesunken. Untätigkeit und Zersetzung charakterisierten die Bewegung zu jener Zeit. Getrennt von den Massen, war die nationalistische Bewegung wieder einmal zu einer ausschließlichen Angelegenheit der Mittelklasse geworden. Unter solchen Umständen war es nur natürlich, daß jene Führer, die ein auf die Förderung der Interessen der Bourgeoisie berechnetes Programm ausgeben konnten, den Kongreß auf ihre Seite zu bringen vermochten.

Eben dieses ist tatsächlich eingetreten. Nach einem halben Jahre erbitterter Anfehdung wurde die Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Nationalkongresses in Delhi beschlossen. Dieser trat Mitte September 1923 zusammen und sprach sich zugunsten der Swaraj-Partei aus. Der Bannfluch gegen die Räte wurde aufgehoben, und den Mitgliedern des Kongresses wurde es gestattet, bei den bevorstehenden allgemeinen Wahlen mitzukämpfen. Dies stellte einen vollständigen Sieg der oberen Mittelklasse dar, die wirtschaftlich und ideologisch sehr eng mit den Großkapitalisten und Großgrundbesitzern verbunden ist, und bezeichnete die Niederlage und die Demoralisierung des Kleinbürgertums, das die Nichtmitwirkungsbewegung geleitet hatte. Der Sieg der Swaraj-Partei war um so entscheidender, als die meisten der hervorragenden Persönlichkeiten des Flügels der Anhänger Ghandis, der für die Fortsetzung des Boykotts der Räte eintrat, zu einer offenen oder stillschweigenden Verständigung mit dem rechten Flügel gelangten. Mohamed Ali, die rechte Hand Ghandis und der Führer der Kalifats-Bewegung (auf Wiederherstellung des Kalifentums), wandte sich selbst an den Kongreß, um die Aufhebung des Boykotts der Räte gutzuheißen. Er deutete sogar an, daß er dies mit Ermächtigung von Herrn Ghandi tue.

Der außerordentliche Kongreß von Delhi bezeichnete einen Wendepunkt in der ganzen Bewegung. Das Kleinbürgertum, das seine eigenen Interessen im neuen Programme nicht wiedergespiegelt fand, konnte weder mit den neuen Führern übereinstimmen noch ein eigenes Programm entwickeln, das auf dem Kongreß sich Gehör hätte verschaffen können. Wenn das Kleinbürgertum kühn genug gewesen wäre, das ursprüngliche Programm der Nichtmitwirkungsbewegung im vollen Bewußtsein seiner revolutionären Bedeutung wieder zu beleben, so wäre es wohl imstande gewesen, die Führung des Kongresses wieder in die Hand zu bekommen. Das will sagen, es hätte sich nur dann durchsetzen können, wenn es den Mut gehabt hätte, sich wieder auf die Massen zu stützen, um den rechten Flügel zu bekämpfen. Aber soviel kann vom Kleinbürgertum nicht erwartet werden. Es bleibt jedoch Tatsache, daß dieses Element, unbefriedigt von den Entscheidungen in Delhi, ein fruchtbares Gebiet für die Propaganda des revolutionären Nationalismus bietet.

Die beiden Monate, die auf den Kongreß von Delhi folgten, waren gekennzeichnet durch die Wahlkampagne zu den neuen Reformräten, die das einzige Zeichen nationalistischer Betätigung war. Mit Rücksicht darauf, daß die sechs Millionen Menschen, die unter einer Bevölkerung von 320 Millionen die indische Wählerschaft bilden, den besitzenden Oberklassen reichen Intellektuellen und den besitzenden Bauern, die mit den Grundbesitzern enge Beziehungen haben, angehören, konnten die Wahlwerber sich unzweideutig nur der Wahrnehmung der Interessen dieser Elemente hingeben. Daher hat die Wahlkampagne die wahre Natur der Swaraj-Partei, die heute die Führung des Nationalkongresses hat, klar zutage gebracht. Befreit von allem Beiwerk von Sentimentalität, womit Herr C. R. Das es ursprünglich bekleidet hatte, hat das Programm der Swaraj-Partei (und daher auch des Kongresses) zu seinen Hauptgrundlagen: 1. Stellung als Dominion; 2. parlamentarische Opposition, um die Regierung zu zwingen, mit den „Vertretern" der Nation zu verhandeln; 3. Schutz des Privateigentums und Entwicklung des einheimischen Kapitalismus; 4. Verteidigung des landbesitzenden Adels; 5. Schutz der Eingeborenenstaaten; 6. dezentralisierte Regierung.

Die zur Durchführung des Programms vorgeschlagenen Methoden sind in hervorragendem Maße bürgerliche. Konstitutionelle Opposition ist zum Hauptpfeiler der Bewegung geworden. Der Plan geht dahin, eine Mehrheit der wählbaren Sitze zu erringen und dann eine Resolution für Selbstverwaltung einzubringen. Wenn die Regierung die Resolution zurückweist, so soll Obstruktionspolitik angewendet werden, um das Regieren durch die Rate unmöglich zu machen. Dies klingt alles ganz annehmbar, solange man nicht die Tatsachen untersucht. Erstens hat die Swaraj-Partei, obgleich sie bei den soeben beendigten Wahlen namhafte Siege aufzuweisen hatte, doch nicht mehr als ungefähr ein Drittel der Sitze erobern können. Die Erringung einer Mehrheit, wovon der Erfolg des ganzen Planes abhängig ist, wird nur dann möglich sein, wenn die Bourgeoisie als Klasse fest hinter dem Kongresse steht, das ist wenn der Kongreß ganz offen die Vertretung der Oberklassen geworden ist. Zweitens wird eine parlamentarische Mehrheit, selbst wenn sie gesichert ist, nicht ausschlaggebend sein, solange nicht der Kongreß zu einem Plane außerparlamentarischer Aktion zu der Zeit bereit ist, wenn seine Resolution, wie es unvermeidlich ist, zurückgewiesen wird. Beides zusammen ist nicht möglich, weil außerparlamentarische Aktion eine revolutionäre Bewegung, die auf die Massen gestützt ist, mit sich bringt, und diese Bewegung von der Bourgeoisie nicht geduldet werden wird. Die logische Entwicklung des neuen Programms des Kongresses wird daher Konstitutionalismus von reinstem Wasser sein, was ein Zurückgehen zu dem Zustand bedeutet, der vor der Einleitung der Nichtmitwirkungskampagne im Jahre 1919 bestand.

Obgleich die Swaraj-Partei bei dem vor kurzem stattgefundenen Wahlen sich nicht eine Mehrheit sichern konnte, hat eine Anzahl ihrer Kandidaten auf Kosten hervorragender gemäßigter und loyalistischer Führer Sitze erlangt. Die Männer an der Spitze der Swaraj-Partei konnten über die Ergebnisse der Wahlen keinerlei Illusionen gehabt haben; sie wußten ganz gut, daß sie selbst nicht eine Mehrheit erzielen konnten. Sie suchten daher noch vor dem vollen Einsetzen der Wahlkampagne eine Koalition mit dem linken Flügel der Liberalen Partei, den früheren Führern des Nationalkongresses und Vertretern der Großbourgeoisie und der fortschrittlichen Grundbesitzer. Obgleich eine solche Koalition nicht formell zustande kam, wird die Parlamentsfraktion der Swaraj-Partei stark durchsetzt mit durch und durch bürgerlichen Mitgliedern, die der Partei während der Wahlen ihren Stempel aufgedrückt haben, trotzdem die meisten von ihnen niemals an der nationalistischen Bewegung irgendwie direkt Anteil genommen hatten. Ihr Anschluß ist um einen ziemlich hohen Preis erkauft worden, da sie die von der Swaraj-Partei formulierte Taktik nicht unterschreiben. Um sie daher in ihren Reihen zu erhalten, wird die Swaraj-Partei ihre parlamentarische Taktik abzuändern haben. Auf diese Weise wird der Plan, die Räte „scheitern zu lassen", wovon so viel gesprochen worden ist, völlig in Frage gestellt, da vor allem keine Mehrheit der Swaraj-Partei besteht, und zweitens diejenigen, die als Anhänger der Swaraj-Partei gewählt worden sind, keineswegs einmütig dieser Taktik zustimmen. Was sonst kann dem Kongreß, der von einer Partei in einer solchen zweifelhaften Lage geführt wird, übrig bleiben, als zu allen praktischen Zwecken eine Partei der Bourgeoisie zu werden, die sich konstitutioneller Agitation hingibt, um mit dem Imperialismus einen Handel zu betreiben?

Diese Einstellung der nationalistischen Bewegung auf rein bürgerliche Grundlage läßt die untere Mittelklasse und die Massen auf dem Trockenen sitzen. Aber die Gärung unter diesen Elementen ist noch eine starke, und die Ursache dieser Gärung kann nicht mit Umgehung eines vollständigen Umsturzes beseitigt werden. Mit dem Zerfließen aller seiner Illusionen, einer nach der anderen, ist das Kleinbürgertum in einer bemitleidenswerten Lage. Aber es besteht in seinen Reihen ein bedeutendes ungebärdiges Element, das der erste Antrieb revolutionären Ausbruchs in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts gewesen ist. Das sind die deklassierten Intellektuellen, die nichts zu verlieren haben als ihre Vorurteile. Der Zusammenbruch der Nichtmitwirkungsbewegung und die Rückkehr des Kongresses zu den alten Methoden des Konstitutionalismus haben diese revolutionären Elemente auf ihre eigenen Mittel zurückgeworfen, die jedoch nicht sehr große sind. Sie sind zum Terrorismus zurückgekehrt, der sich schon längst immer wieder als fruchtlos erwiesen hat. Aber der Idealismus und die Hingabe dieser Elemente sind unleugbar. Wenn sie eine gut orientierte politische Führung bekommen, werden sie sicher besser Bescheid wissen. Im Hinblick auf die geistige Rückständigkeit der Massen wird es geschichtlich notwendig, daß die anfängliche Führerschaft einer wirklichen Befreiungsbewegung aus den Reihen dieser deklassierten Intellektuellen herstammt. Der Kader einer Partei der Arbeiterklasse muß auf einige Zeit aus ihren Reihen rekrutiert werden. Die Klärung des Klassencharakters des Kongresses hat diese Aufgabe zu einer leichteren gemacht. Die schnelle Entwicklung des bürgerlichen Nationalismus zerstreut viele reaktionäre gesellschaftliche

und wirtschaftliche Doktrinen, die bis jetzt die Anschauungen der unteren Mittelklassen verwirrt haben.

*

Zugleich mit ihrem Zeitgenossen, der Nichtmitwirkungskampagne, ist auch die Kalifatsbewegung an Erschöpfung gestorben. Die gefährlich reaktionären Tendenzen, die in dieser Bewegung eingebettet waren, haben immer mehr ihre äußere politische Wirksamkeit paralysiert und seit dem letzten Jahre zu den religiösen und konfessionellen Konflikten geführt, die in Indien solch ernstes Ausmaß angenommen haben, daß die nationalistischen Führer nun gänzlich am Ende ihres Lateins angelangt sind. Insbesondere in den nördlichen Provinzen, wo die muselmanische Bevölkerung vorherrscht, sind konfessionelle Konflikte zu einem regelrechten Bürgerkriege ausgewachsen, der von den reaktionären Elementen beider Religionsgemeinden unterstützt und von der Regierung gefördert wird. Diese logische Entwicklung des äußersten Fanatismus, den die Kalifatsbewegung hervorrief, führte zur Organisierung des Allindischen Hindu-Sabha, worin alle reaktionären Tendenzen krystallisiert sind. Das eingestandene Ziel dieser Hinduorganisation ist die Verteidigung ihrer eigenen Religionsgemeinde. Viele hervorragende Kongreßführer nehmen an der Unterstützung dieser reaktionären Hindubewegung teil, was den muselmanischen Geistlichen, Grundbesitzern und loyalistischen Beamten eine Handhabe bei ihren Bemühungen geboten hat, den muselmanischen Massen die „unversöhnliche" Feindseligkeit der Hindus zu zeigen. Ein Geist des Fanatismus, aufgepeitscht durch intensive Agitation für die Verteidigung der Religion und der gesellschaftlichen Traditionen, wie ihn die Kalifatsbewegung hervorgerufen hat, kann leicht in eine Richtung gelenkt werden, von wo der Angriff auf die Religion angeblich herrühren soll. Die Kalifatsbewegung ist so in ein Wiederaufleben der heftigen Rivalität zwischen den beiden großen indischen Religionsgemeinden ausgeartet. Das Ergebnis ist für die nationalistische Bewegung verderblich gewesen.

Andererseits ist der Kalifatsbewegung als solcher durch den Gang der Ereignisse in der Türkei der Boden entzogen worden. Als die Nachrichten durchsickerten, daß die Türken, die als die Wächter des Kalifats angesehen worden waren, selbst diese veraltete Einrichtung abgewiesen haben, wurde die Aufgabe, die Begeisterung der indischen Muselmanen für diese Losung aufrechtzuhalten, immer schwieriger. Dann ist es nicht allgemein bekannt, daß nur sehr wenige der wirklichen Führer der muselmanischen Religionsgemeinde sich der Kampagne für das Kalifat angeschlossen haben. Sie „liegen darnieder", bis die Begeisterung der Massen, die durch ganz andere Ursachen als „das Unrecht am Kalifat" erweckt ist, aber von den Enthusiasten für das Kalifat ausgebeutet wird, vorbeigegangen ist. Diese Führer haben jetzt eine Kampagne zugunsten der Aussöhnung mit England eingeleitet, sie haben die alten Argumente wieder aufgefrischt, daß die Muselmanen sich in Indien in der Minderheit befinden, und daß Selbstverwaltung nach dem Grundsatz der Volksvertretung sie unter die Vorherrschaft der Hindus bringen wird. Sie folgern daraus, daß die Interessen der Muselmanen besonders zu behandeln wären. Die Versuche, die gemacht wurden, um die Allindische Muselmanenliga wieder zu beleben, die eine rivalisierende Organisation des Nationalkongresses bis zu ihrer Aufsaugung durch die letztere nach dem Zusammenschluß von Lucknow von 1916 gewesen war, sind nur andere Anzeichen der außerordentlich schwachen Grundlage, auf der die „Einheit der Hindus und der Muselmanen", begründet auf der Agitation für die Nichtmitwirkung und das Kalifat, beruht hatte.

Die Führer beider Religionsgemeinden stehen betroffen vor der Wendung der Ereignisse, die jeder von ihnen mit einem Gran Voraussicht hätte vorher sehen können. Da sie unfähig sind, eine Lösung zu finden, weichen sie Losungen aus, während der bittere Konflikt zwischen den Religionsgemeinden den Lebensnerv der Nationalistenbewegung aufzehrt. Die einzige Lösung der gegenwärtigen Verlegenheit liegt in der vollkommenen Abschaffung gesonderter Organisationen der Religionsgemeinschaften, wie das Kalifat und das Hindu Sabha, und in der Einstellung der Agitation unter den Massen mehr auf eine nationalistische als auf eine außernationalistische oder religionsgemeindliche Grundlage, mehr auf Wirtschaftskampf als auf religiösen Fanatismus. Nur durch Hinweis auf die Gleichheit ihrer Klasseninteressen kann von den indischen Massen eine wirkliche und stetige Einheit herbeigeführt werden.

Diese Tatsache wird eindrucksvoll dargetan durch die Entwicklung der halb agrarischen, halb religiösen Bewegung der Sikhs im Puntschab, die sich als eine örtliche, oder besser, provinzielle entwickelte, da es dem Nationalkongreß nicht gelang, sie auf eine die ganze Nation umfassende Grundlage zu bringen. Auch in diesem Falle sabotierte die bürgerliche Führerschaft bei jedem Schritte die revolutionären Tendenzen der Bewegung, wodurch sie bedenklich ihre ungeheuren Entwicklungsmöglichkeiten schwächte. Die Sikh-Bauernschaft antwortete auf den Schrei nach Reform der Kasten in der Hoffnung, dadurch zu den Liegenschaften der Kirche zu kommen. Das Komitee für Reform der Kasten, das von den weltlichen Grundbesitzern (die sich von der Geistlichkeit, der sie die Herrschaft entreißen wollen, unterschieden) und von den Kapitalisten beherrscht wurde, tat sein Bestes, um die treibenden Kräfte der Massenaktion, die der ganzen Bewegung zugrunde lagen und ihr Stärke verliehen, zu verwirren und abzulenken. Während die Massen ihren festen Entschluß kundgaben, den Kampf bis zu Ende zu führen, ließ sich das Komitee auf Verhandlungen mit der Regierung und mit den Behörden der Kasten ein. In der Hoffnung, zu einem Kompromiß zu gelangen, stellte das Komitee praktisch alle Kampftätigkeit ein, deren Wirksamkeit das einzige Mittel gewesen war, die Regierung zu Verhandlungen zu veranlassen. Die letztere beeilte sich, diese innere Schwäche der Bewegung zu erfassen, und wies die Vorschläge einer Verständigung, die vom Reformkomitee ausgingen, scharf zurück. Die Folge davon war eine Spaltung der Bewegung. Der streitbarste Teil setzte sich für eine vorzeitige Kampagne mit Gewaltmaßnahmen ein, die nur die Form von krampfhaftem und gänzlich wirkungslosem Terrorismus annehmen konnte. Die Regierung stürzte sich auf diese Elemente mit schweren Repressalien, ebenso wurde auch ihr Verhalten gegenüber den anderen Elementen der Bewegung ein härteres. Das Reformkomitee setzte nochmals mit einer Kampagne für Massenkundgebungen gegen die Handlungsweise der Regierung ein. Diese antwortete damit, daß sie die ganze Bewegung für illegal erklärte und sie in Bann tat. Mehr als dreihundert der hervorragendsten Führer der Sikh wurden verhaftet, darunter alle Mitglieder der Reformkomitees, während die Organe der radikalen Sikhbewegung eingestellt und ihre Lokale geschlossen wurden. Die Regierung wagte diese drastischen Maßregeln, die von seiten der nationalistischen Bewegung geringen oder keinen Widerstand fanden, weil sie die Lage richtig einschätzte. Der Nationalkongreß, durch konfessionelle und fraktionelle Streitigkeiten zerrissen, war nicht in der Lage, den Sikhs zu Hilfe zu kommen; selbst wenn er stark genug gewesen wäre, dies zu tun, hätte er niemals die revolutionäre Bedeutung und die Entwicklungsmöglichkeiten der Sikhbewegung verstanden und hätte sich, falls er sie verstanden hätte, ihnen widersetzt, so wie er sich der Massenbewegung widersetzt hatte, die den Konstitutionalismus der Nichtmitwirkungsbewegung zu überwältigen gedroht hatte. Unter keinen denkbaren Umständen wird der Kongreß, wie er jetzt zusammengesetzt ist, die Losung: „Land für die Bauern!" unterschreiben, die die einzige sachliche Parole für die Sikhbewegung ist, wenn sie sich gegen die Regierungsverfolgungen durchsetzen und ihr Programm der Reform der Kasten verwirklichen will.

Das Programm politischer Unabhängigkeit, das im vorletzten Jahre dem Nationalkongreß vorgelegt und von seinen Führern zurückgewiesen wurde, ist von einem beträchtlichen Teile des linken Flügels aufgenommen worden, und und eine entschieden gehaltene Resolution, die der Provinzkonferenz der Vereinigten Provinzen im letzten Jahre vorgelegt wurde und die als das Ziel des Kongresses die „vollständige Unabhängigkeit von jeder Fremdherrschaft" bezeichnete, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Ein Studium der nationalistischen Presse zeigt deutlich, daß die Ideologie der indischen Bewegung große Veränderungen nach links mitmacht, nicht weniger als nach rechts. Während bis vor kurzem das Programm des Nationalkongresses durch undeutliche Allgemeinheiten über „Swaraj" gekennzeichnet war, gibt es heute keine politische Partei im Lande, die diesen Namen verdient, die nicht in ihrem Programm Klauseln betreffend die gesellschaftliche und wirtschaftliche Wohlfahrt der Massen hätte. In jeder Provinz halten große Massen des Kleinbürgertums nach einer neuen Führerschaft Ausschau. Die Losung „Vereinigt Euch mit den Arbeitern und Bauern!" gewinnt schnell Boden. Ein hervorragendes Mitglied des Kongresses hat sich bei der Vorlage der Resolution der Arbeiter in der eben erwähnten Provinzkonferenz offen ausgesprochen und den Nationalkongreß

als das Organ der Bourgeoisie bezeichnet und die revolutionären Nationalisten aufgefordert, mit den Massen zu gehen. Ein immer größer werdender Teil der öffentlichen Meinung im Lande ist der Ansicht, daß bloße politische Freiheit ohne eine vollständige gesellschaftliche und wirtschaftliche Umwälzung eine bedeutungslose und nichtige Erscheinung wäre.

So erweitert sich der Kampf gegen den Imperialismus immer mehr, und das Element des Klassenkonflikts wird im Rahmen der indischen Politik immer klarer enthüllt und entwickelt, da die politische Ideologie geklärt wird und die nationalistische Bewegung sich in zwei Strömungen teilt: in eine „konstitutionelle" und kompromißlüsterne und eine andere, die durch den wirtschaftlichen Druck immer mehr revolutionär und gegen Kompromisse eingestellt wird in ihrem Kampfe gegen einen zweifachen Feind, den ausländischen und einheimischen Kapitalismus. Von der weiteren Entwicklung dieses Kampfes und von dessen endgültigem Ausgange hängt das Schicksal der 300 Millionen indischer Proletarier und Bauern ab.

Aufrufe

An die Arbeiter-, Bauern- und revolutionären Organisationen der ganzen Welt.

Den nachfolgenden Aufruf, der uns verspätet zuging, bringen wir wegen seiner Wichtigkeit noch nachträglich zur Kenntnis unserer Leser.

Die Red.

** Am 9. Juni wurde die Bauernregierung in Bulgarien durch die Militärliga mit Unterstützung der bürgerlich-monarchistischen und konterrevolutionären Organisationen gewaltsam gestürzt. Die gesamte Welt war aber erstaunt, als sie erfuhr, daß zu den Urhebern des Umsturzes auch die bulgarischen Sozialdemokraten gehörten, die den Anspruch erhoben, als Vertreter der werktätigen Massen angesehen zu werden und sich zur sozialistischen Internationale rechnen.

In Wirklichkeit treten aber diese „Freunde" der Arbeiter nicht zum erstenmal gegen das kämpfende Proletariat auf. Noch in der kritischen Zeit, als nach der militärischen Katastrophe ganz Bulgarien von der flammenden Entrüstung der Arbeiter und Bauern erfaßt war, stellte sich die sozialdemokratische Partei ganz in den Dienst der bankrotten und erschrockenen monarchistischen Bourgeoisie, um deren Herrschaft zu retten. Schon bei dieser Gelegenheit besudelte sie ihre Hände mit Arbeiterblut. Weiterhin lieferte die bulgarische Regierung unter ihrer Mithilfe dem General Denikin Waffen und Munition, und als die geschlagenen weißen Banden des Baron Wrangel in Bulgarien Zutritt fanden, wo sie anfingen, sich energisch zu einem neuen Überfall auf Sowjetrußland vorzubereiten und sogar gegen die schaffenden Massen des Landes, das sie aufgenommen hatte, Ränke zu schmieden, zögerten die Sozialdemokraten keinen Augenblick, in voller Einmütigkeit mit der reaktionären Bourgeoisie die Wrangelbanden gegenüber der Kampagne der Kommunistischen Partei, die sich die Vernichtung dieses gefährlichen konterrevolutionären Nestes zum Ziel setzte, in Schutz zu nehmen.

Während der Hungersnot in Rußland waren die bulgarischen Sozialdemokraten die einzige „Arbeiterpartei" der Welt, die nicht nur nichts im Interesse der Hungernden unternahm, sondern von der Regierung zynisch die Beschlagnahme des von den kommunistischen Organisationen gesammelten Getreides forderte und die Massen zur Plünderung dieser Vorräte anspornte.

Für diese arbeiterfeindlichen und verräterischen Handlungen wurde die Sozialdemokratische Partei dadurch schwer bestraft, daß die werktätigen Massen sich von ihr abwendeten. Die Zahl ihrer Wähler, die 1919 100.000 betrug, fiel 1923 auf 25.000 und die Zahl ihrer Parlamentssitze von 39 auf 2, die sie auch nur mit Hilfe des bürgerlichen Blocks erlangten. Die Gewerkschaften, die ihr bisher Gefolgschaft leisteten, verließen sie ebenfalls und schlossen sich den kommunistischen Gewerkschaften an. Auf solche Weise wurde sie zu einem verachteten, bei den Massen einflußlosen kleinen Häuflein. Die Vergangenheit dieser Partei ist aber nichts im Vergleich mit ihrer schmachvollen, gemeinen und ehrlosen Gegenwart. Ihr Bündnis mit den bulgarischen Generalen, Faschisten und Konterrevolutionären, diesen Dienern des Bank- und Wucherkapitals, wurde endgültig besiegelt am 9. Juni durch den blutigen Feldzug gegen das schaffende Volk. Nach dem Sturze Stambulinskis entsendete sie in die Generalsregierung einen Minister und erwies den militärisch-faschistischen Banden bei der Unterdrückung des ausgebrochenen Bauernaufstandes aktive Unterstützung. Die Verantwortung für die ohne jedes Gerichtsverfahren und ohne Untersuchung vollzogene Ermordung der Bauern, die sich zum Schutze der Bauernregierung erhoben haben, die Verantwortung für die diebischen und gemeinen Morde an vielen verhafteten Führern des Bauernbundes der Kommunisten, die von den Organen der Macht begangen wurden, die Verantwortung für die Massenverhaftungen der Arbeiter und Bauern, für die von der bürgerlich-faschistischen Justiz gefällten Bluturteile lastet in vollem Umfange auch auf den bulgarischen Sozialdemokraten. Aber in noch größerem Umfange sind sie für die Zertrümmerung der Kommunistischen Partei und der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft verantwortlich. Nach dem 9. Juni wurde die KP. Bulgariens, trotzdem sie an dem bewaffneten Kampfe gegen den Umsturz nicht teilnahmen, genau so wie alle anderen Arbeiterorganisationen tatsächlich außerhalb des Gesetzes gestellt. An vielen Orten wurden die Arbeiterlokale geschlossen und das Versammlungsrecht wurde den Arbeitern und Bauern entzogen; die Arbeiterpresse war regelmäßig der Zensur und Konfiskation ausgesetzt; Massenverhaftungen von Arbeitern und Bauern und grausame Mißhandlungen wurden zur alltäglichen Erscheinung und alle Streiks wurden von der Polizei unterdrückt. Das alles geschah mit Zustimmung des sozialdemokratischen Ministers und die sozialdemokratische Partei fand kein einziges Wort des Protestes gegen dieses barbarische Regime der Unterdrückung der Arbeiterklasse. Ja, noch mehr, ihr Minister gab seine vorherige Zustimmung zur Anwendung der schärfsten Maßnahmen gegen die Kommunistische Partei.

Auf Beschluß der Militärliga wurden am 12. September im ganzen Lande ungefähr 2000 Arbeiter- und Bauernbündler, darunter alle Führer der Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung, verhaftet. Gleichzeitig wurden alle Lokale der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaften besetzt und ihre Archive beschlagnahmt. Die kommunistische und proletarisch-gewerkschaftliche Presse wurde eingestellt. Als Vorwand hierzu diente die Behauptung, daß die Kommunistische Partei einen Umsturz für den 16. September vorbereite. Die sozialdemokratische Presse unterließ es nicht nur, gegen dieses beispiellose Verbrechen und diese empörende Provokation, die bei der gegenwärtigen inneren und internationalen Lage des Landes notwendigerweise zum offenen Bürgerkrieg führen mußte, zu protestieren. Sie machte vielmehr durch die Artikel ihres Hauptführers Sakysow den Vorschlag, die Kommunistische Partei in aller Form außerhalb des Gesetzes zu stellen.

Die Sozialdemokratie trägt die volle Verantwortung für die beispiellosen Grausamkeiten, die die Regierungstruppen und -banden nach der Unterdrückung des Volksaufstandes begangen haben. Sie ist verantwortlich für die Ermordung aller gefangenen und verwundeten Aufständischen, für die Morde an den noch vor dem Aufstand verhafteten kommunistischen und proletarischen Führern und für die grausamen Mißhandlungen wehrloser Frauen und Kinder.

Während selbst eine der bürgerlichen Parteien ihrer Entrüstung über die begangenen Schandtaten Ausdruck verlieh und die Regierung der Provokation beschuldigte, verblieb die Partei der bulgarischen Sozialdemokraten ruhig in der Henkerregierung und fuhr fort, diese mit beispielloser Schamlosigkeit gegen die Kommunistische Partei, die Gewerkschaften und das Arbeitergenossenschaftswesen zu hetzen und die Beschlagnahme ihres gesamten Besitzes zu fordern.

Nachher schacherte sie mit der Regierung um den Preis für ihre früheren und zukünftigen Dienste. Dieses Schachern führte zur Blockbildung, unter der Firma „Demokratischer Bund", mit den vereinigten Parteien der kapitalistischen und militärisch-monarchistischen Diktatur; die Mandate im zukünftigen, weißgardistischen Parlament wurden verteilt: den Sozialdemokraten, die selbständig nichts erhalten würden, sichert die Regierung ungefähr 40 Mandate zu. Für diesen hohen Preis verzichteten sie auf ihr Programm und zeichneten mit dem Namen ihrer Partei die Firma der bis über die Ohren vom Arbeiterblut besudelten Regierung. Nachdem sie sich an allen Verbrechen dieser Regierung beteiligt haben, bekunden sie jetzt, wie das auch die reaktionärste bulgarische Presse feststellt, eine starke patriotische Gesinnung, indem sie mit Hilfe ihrer formellen Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Internationale der Regierung helfen, bei den Arbeitern und Bauern anderer Länder den falschen Glauben zu erwecken, daß in Bulgarien nicht eine Diktatur der Ge-

nerale und Bankiers, sondern eine Regierung der „Demokratie" und der „sozialen Reformen" herrscht.

Die bulgarische sozialdemokratische Partei hat noch einmal versucht, die proletarische öffentliche Meinung zu täuschen, indem sie noch 1921 formell aus der Zweiten Internationale ausgetreten ist und den Wunsch bekundet hat, sich der Wiener Internationalen Arbeitsgemeinschaft anzuschließen; die Wiener Konferenz hat aber ihre Aufnahme mit Rücksicht auf ihre Vergangenheit abgelehnt, so daß sie auf diesen Plan verzichten mußte und noch immer fortfährt, durch ihre Tätigkeit zum Ruhme der Hamburger Internationale beizutragen. Wie es scheint, haben aber die letzten Heldentaten dieser Partei manche Opportunisten wieder in Verlegenheit gebracht. So hat das Organ der österreichischen Sozialdemokratie, die „Arbeiter-Zeitung", sie offen als Bundesgenossen der bulgarischen Weißgardisten gebrandmarkt und auch die jugoslawischen Sozialisten und die russischen Sozialrevolutionäre haben sie scharf angegriffen. Diese vereinzelten Kundgebungen haben aber nicht den geringsten Wert, da die Partei trotzdem in der Sozialdemokratischen Internationale verbleibt und sich für ihre verräterischen Ziele der Autorität Amsterdams, der Labour Party usw. bedienen kann.

Gerade zur Zeit des Massenterrors befand sich Noell Buxton, Mitglied der Labour Party-Fraktion im englischen Parlament, „zu Gast" bei den bulgarischen Sozialisten und hat im Namen der Labour Party ihren verloren gegangenen politischen Kredit wieder hergestellt. Und im gegenwärtigen Augenblick befindet sich Herr Janko Sakysoff, Führer einer Partei, die sich an der Zertrümmerung der größtenteils zum Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbund gehörenden Gewerkschaften beteiligt hat und für die Verhaftung und gemeine Ermordung einer ganzen Reihe von Gewerkschaftsfunktionären verantwortlich ist, in Amsterdam als Vertreter des „organisierten bulgarischen Proletariats".

Das erklärt sich dadurch, daß alles, was die bulgarischen Sozialisten begangen haben, sich von den Handlungn ihrer Genossen, der Führer der Sozialdemokratie der übrigen Länder, nur in dem Grade, nicht aber dem Wesen nach unterscheidet. Ihren Handlungen liegt der Verrat am Proletariat und seinem revolutionären Kampf zugrunde, der charakteristisch für die gesamte internationale Sozialdemokratie ist. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben klar gezeigt, daß die sozialistischen Führer mit allen Mitteln bestrebt sind, den revolutionären Willen der Arbeitermassen zu töten und ihren Kampf im Keime zu ersticken. Und wenn dann, ihren Anstrengungen zum Trotz, der Kampf entbrennt, schrecken sie vor dem Verrat, dem offenen Übergang zur Bourgeoisie und einer offenen Beteiligung an den blutigsten Repressalien gegen die schaffenden Massen nicht zurück.

Gegenwärtig, da in Deutschland von neuem eine machtvolle revolutionäre Welle ansteigt, die die Grundpfeiler der kapitalistischen Herrschaft erschüttert und das gesamte bankrotte bürgerliche und faschistische Europa mit der Zertrümmerung bedroht, und wo ferner die „erprobten" Führer der deutschen Sozialdemokratie einen neuen Verrat an der internationalen Revolution vorbereiten, lenkt das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale die Aufmerksamkeit der Arbeiter und Bauern aller Länder, zu welcher politischen Richtung sie auch gehören mögen, auf die schmachvollen Handlungen der bulgarischen Sozialdemokraten. Diese Handlungen müssen jeden ehrlichen Arbeiter und aufrichtigen Revolutionär empören. Das internationale Gericht der Unterdrückten und Ausgebeuteten der ganzen Welt muß ein für allemal diesen verräterischen „Internationalisten" und ehrlosen Mördern der Arbeiter und Bauern die Maske herunterreißen. Nachdem das bulgarische schaffende Volk sie auf ewig verlassen und für sie nur Haß und Verachtung übrig hat, wird ihre moralische und politische Isolierung durch die schaffenden Massen der anderen Länder eine Schutzmaßnahme gegen weitere Verrätereien und Treubrüche ihrerseits sein.

An den Pranger mit den Verrätern und Mördern der bulgarischen Arbeiter und Bauern!

Es lebe die internationale Solidarität der Werktätigen!

Es lebe die internationale Revolution!

Moskau, Oktober 1923.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Der Internationale Bauernrat an die Bauern der ganzen Welt.

Den nachfolgenden Aufruf, der uns verspätet zuging, bringen wir wegen seiner Wichtigkeit noch nachträglich zur Kenntnis unserer Leser. Die Red.

Genossen!

** Die Arbeiter und Bauern Bulgariens haben sich, in einem brüderlichen Kampfbündnis vereint, kämpfend gegen die bulgarische faschistische Regierung aufgelehnt, die sich auf die bewaffnete Clique königlicher Offiziere, auf die abenteuerlichen mazedonischen Militärabteilungen und auf die weißgardistischen Reste der konterrevolutionären Armee des Generals Wrangel stützt.

Die Arbeiter und Bauern Bulgariens wollten das unerträgliche Joch der in- und ausländischen Parasiten und Ausbeuter abwerfen, erlitten aber eine vorübergehende Niederlage und sind jetzt die Opfer schonungsloser Gewalttaten. Die bürgerlichen Militaristenbanden haben über 5000 Bauern und Arbeiter getötet, ihre Opfer bei den Massenhinrichtungen auf das grausamste mißhandelt und nicht einmal die Greise, Kinder und Frauen verschont. Ganze Dörfer wurden dem Boden gleichgemacht; über 15.000 Bauern und Arbeiter wurden in die Gefängnisse geworfen, denen die Todesstrafe droht. Ungefähr 2000 Kämpfern des Bauern- und Arbeiteraufstandes ist es gelungen, der Rache der Konterrevolution zu entgehen und die Grenze nach Jugoslawien, Rumänien, der Türkei und Griechenland zu überschreiten. Die Angehörigen der Ermordeten, der Gefangenen und jener, die die Grenze überschritten haben, wie auch die Verhafteten und Emigranten selbst befinden sich in einer schrecklichen materiellen Lage. Die Arbeiter und Bauern Bulgariens haben durch den Kampf gegen die bulgarische Bourgeoisie nicht nur für ihre eigene Befreiung gestritten, sie haben durch ihren Kampf für die Arbeiter- und Bauernregierung in ihrem Lande die Front der Feinde der Arbeiter- und Bauernklasse, die Front der Großgrundbesitzer und Kapitalisten aller Länder geschwächt und erschüttert. Der opfervolle Kampf, den die Arbeiter und Bauern Bulgariens begonnen haben, und ihr brüderliches Kampfbündnis wird in naher Zukunft zu ihrem vollen Siege führen.

Vorläufig triumphieren aber noch die Henker der Arbeiter und Bauern, und ihre Rache ist genau so groß wie ihre Angst vor ihrem herannahenden Sturz.

Zu einer Zeit, da in Bulgarien das Blut der Arbeiter und Bauern in Strömen fließt und die Verzweiflungsrufe Tausender von Opfern ertönen, die von den zügellosen faschistischen bürgerlichen Schergen gemordet werden, und da die gesamte „zivilisierte" bürgerliche Welt wie auch alle Verräter der Arbeiter- und Bauernschaft schweigen und ihre Augen vor diesen schreckenerregenden Orgien der Rache verschließen, muß aus der Brust von Millionen Arbeiter und Bauern aller Länder laut die Stimme der Entrüstung und des Protests ertönen.

Die bürgerlichen Verbrecher und ihre Lakaien mögen zittern vor dem heiligen und gerechten Zorn der werktätigen Volksmassen in Stadt und Land.

Bauern aller Länder! Lasset Eure Brüder, die Arbeiter und Bauern Bulgariens, von den Faschisten nicht mißhandeln! Rettet sie vor dem Hungertode und erweist ihnen jegliche Hilfe!

Bauern aller Länder! Fordert, daß die unmenschlichen Verfolgungen der bulgarischen Arbeiter und Bauern unverzüglich eingestellt werden! Protestiert gegen die grausamen Mißhandlungen und den weißen faschistischen Terror in Bulgarien!

Bauern aller Länder! Beschleunigt eine reiche materielle Hilfe für Eure verfolgten bulgarischen Brüder!

Die Arbeiter aller Länder haben in dieser Beziehung schon eine energische Tätigkeit eingeleitet, und auch Ihr müßt Euch im Namen Eurer Kampflosung: „Bauern und Arbeiter aller Länder vereinigt Euch!" auf das aktivste und in Massen an den antifaschistischen Demonstrationen und Protesten und an der Sammlung von Mitteln zur Unterstützung der Bauern und Arbeiter Bulgariens beteiligen.

Von Dorf zu Dorf, von Bauernhof zu Bauernhof ertöne der laute Ruf: „Helft den bulgarischen Arbeitern und Bauern! Nieder mit der blutigen Herrschaft der Großgrundbesitzer und Kapitalisten! Nieder mit dem Faschismus! Es lebe die internationale

Solidarität und Brüderlichkeit aller Werktätigen! Es lebe der brüderliche Bund der Arbeiter und Bauern der ganzen Welt!"

Arbeiter und Bauern aller Länder vereinigt Euch!

Moskau, 22. Oktober 1923.

Der Internationale Bauernrat.

Bibliographie

Karl Liebknecht, Schriften und Reden.

Zusammengestellt von Ernst Drahn.

Wir werden von Zeit zu Zeit besonders wichtige bibliographische Mitteilungen bringen. Wir machen nun — anläßlich des kommenden Jahrestages der Ermordung unseres unvergeßlichen Märtyrers — den Anfang mit der Aufzeichnung der Schriften, die von und über Liebknecht erschienen sind.

Die Red.

** Compensationsvollzug und Compensationsvorbringen nach gemeinem Recht. (VII und 127 S.) Paderborn: R. Heydek. 1897. 8°.

Juristische Doktordissertation an der Universität Würzburg.

Vorbehaltszahlung und Eventualaufrechnung nach heutigem und zukünftigem Reichsrecht. (XII und 217 S.) I. Band. Berlin: R. L. Prager. 1899. 8°.

Die neue Methode. Artikel in der Zeitschrift „Die neue Zeit". Stuttgart. XX, 2. S. 713.

Zum Kaiserinselprozeß. Eine neue Ära Tessendorf. Artikel in der Zeitschrift „Die neue Zeit". Stuttgart. XXII, 1. S. 129.

Ein Dokument zur Zeitgeschichte. (Der Königsberger Prozeß.) Artikel in der Zeitschrift „Die neue Zeit". Stuttgart. XXIII, 1. S. 756.

Verteidigungsreden im „Königsberger Prozeß". Siehe Eisner, Kurt: Der Geheimbund des Zaren, der Königsberger Prozeß wegen Geheimbündelei ... vom 12. bis 25. Juli 1904. Berlin: Buchh. Vorwärts. 1904. 8°.

Gegen den Militarismus. Rede auf der I. Generalversammlung des Verbandes junger Arbeiter Deutschlands am 24. August 1905 zu Mannheim. Veröffentlicht im „Bericht" von Ludwig Frank in der Zeitschrift „Die Junge Garde". Mannheim 1906. 4°.

Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung. (VII und 126 S.) Leipzig: Leipziger Buchdruckerei A. G. 1907. 8°.
Neudrucke: Zürich 1911. — Berlin 1919.

Rechtsstaat und Klassenjustiz. Ein Vortrag, gehalten zu Stuttgart am 23. August 1907. (30 S.) Stuttgart: Kommissionsverlag Paul Singer. 1907. 8°.

Verteidigungsreden im Hochverratsprozeß vor dem Reichsgericht am 9. bis 12. Oktober 1907. Siehe „Hochverratsprozeß. Der, gegen Liebknecht vor dem Reichsgericht". (87 S.) Berlin: Buchh. Vorwärts. 1907. 8°.

Reden auf Parteitagen der deutschen Sozialdemokratie.
1904 zur Frage 1. des Militarismus und 2. des Massenstreiks.
1905 zur Frage des Militarismus.
1906 zur Frage 1. der Jugendorganisation und 2. des Massenstreiks; 3. des Militarismus.
1907 zur Frage des Militarismus.
1910 zur Frage 1. der Badischen Budgetbewilligung, 2. der Maifeier, 3. der Vergewaltigung Finnlands, 4. Marokkokrise, 5. des Massenstreiks.
1911 zur Frage 1. des Imperialismus, 2. der Jugendbewegung, 3. des Organisationsstatuts.
1912 zur Frage 1. der Abrüstung, 2. der Jugendbewegung.
1913 zur Frage 1. des Miltarismus, 2. des Falles Radek, 3. des Massenstreiks.
Texte siehe in den Parteitags-Protokollen der Deutschen Sozialdemokratie. Berlin: Buchhandlung Vorwärts. 1904 bis 1913. 8°.

Reden im preußischen Abgeordnetenhause. Siehe die Drucksachen der Tagungen von 1908 an bis 1916.

Reden im deutschen Reichstage. Siehe die Drucksachen der Reichstagsverhandlungen.
Nähere Angaben siehe für Landtag und Reichstag „Sozialdemokratische Partei-Correspondenz". Berlin (1910—1916): Verlag „Vorwärts", 5. bis 11. Jahrgang. — Auszüge von diesen Reden siehe: Karl Liebknecht, Reden und Aufsätze. (VII und 375 S.) Hamburg: Carl Hoym Nachf. 8°.

Zum Krupp-Skandal 1913:
1. Hokuspokus.
2. Zur Krupp-Vertrustung. (Fragmente eines Buches u. d. Rüstungsindustrie.)
Beide Artikel befinden sich in den vorgenannten „Liebknecht, Reden und Aufsätze". Hamburg 1921. S. 69 ff.

Über Parlamentarismus. (Eine Antwort an einen russischen Sozialisten.) Berlin, den 11. Dezember 1913. („Liebknecht, Reden und Aufsätze." Hamburg 1921. S. 224.)

Briefwechsel mit dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei. (16 S.) (Privatdruck Berlin 1914.) 8°.

Liebknecht, Mehring, Luxemburg, Zetkin an die englischen Genossen. Labour Leader, London, 1. Jänner 1915.
Siehe Sozialdemokratische Partei-Correspondenz 1915. 10. Jahrg. S. 27.

Erklärung Liebknechts gegen die Reichstagsfraktion der SPD.
1. Vorwärts, Berlin, vom 4. Februar 1915. Nr. 35.
2. Leipziger Volkszeitung, Leipzig, vom 6. Februar 1915. Nr. 30.

Klassenkampf gegen den Krieg! Material zum „Fall Liebknecht". (88 S.) Manuskriptdruck, Berlin 1915. 8°.
Nachdrucke: 1. Manuskriptdruck mit „Zur Vor-Beachtung". Berlin 1916. 8°. 2. (109 S.) Berlin: A. Hoffmanns Verlag, 1920. 8°. (Anhang: I. Betrachtungen und Erinnerungen aus „großer Zeit", geschrieben von Karl Liebknecht im Berliner Untersuchungsgefängnis Moabit, 1915. II. Karl Liebknecht zum Gedächtnis von Karl Radek.)

Die Wahlrechtsfrage in der Kriegszeit. Rede des Abgeordneten Dr. K. Liebknecht zum Etat des Ministeriums des Innern im preußischen Landtag am 2. März 1915. (8 S.) Berlin: Verlag Hermann Müller, 1915. 8°.

Begründung der verneinenden Abstimmung am 2. Dezember 1914 an den Reichstagspräsidenten. Abgedruckt in der Zeitschrift „Jugend-Internationale", Nr. 11, S. 7. Neudruck der elf historischen Nummern. Berlin 1921. Fol.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land! (2 S.) Flugblatt, Berlin, Mai 1915. Fol. Abgedruckt bei Drahn und Leonhard.

Die Unterirdische Literatur des revolutionären Deutschland während des Weltkrieges. (200 S.) Berlin-Fichtenau: Gesellschaft und Erziehung, 1920. 8°. S. 24.

„Offener Brief" an den Vorstand der SPD. (2 S.) Flugblatt. Berlin, den 9. Juni 1915. Fol. Siehe Drahn etc. „Unterirdische Literatur", S. 27.

Krieg und Justiz. Rede des Abgeordneten Liebknecht im preußischen Abgeordnetenhaus (20. Sitzung) am 3. März 1916. (30 S.) Paderborn: Wilhelm Täubert, 1916. 8°.

Dr. Karl Liebknecht zu den Thesen Dr. Eduard Davids. Berlin, den 16. August 1915.

An den Vorstand der Reichstagsfraktion. Berlin, den 17. August 1915.
Beide Stücke sind als „Informations-Material" in Schreibmaschinenschrift verbreitet worden. Siehe: Spartakus-Briefe. Erste Ausgabe (X und 162 S.) Leipzig-Berlin: Frankes Verlag, 1921. 8°. S. 9 ff.

Liebknechts Rede auf dem Potsdamer Platz. (4 S.) Sonderdruck der Zeitschrift „Revolution", Mai 1920. 8°.

Artikel in den Nummern der „Spartakus-Briefe". Politische Briefe vom 27. Januar 1916: Die Dezembermänner von 1915. — Ein schwarzer Tag im Reichstag. — Liebknechts kleine Anfragen. — Sitzung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 12. Januar 1916. — Die Preßzensur gegen die Anfragen. — Parlamentszensur gegen die Anfragen.
Politische Briefe vom 3. Februar: Die Lebensfrage des Sozialismus.
Politische Briefe vom 9. März: Die Gegensätze in der „Opposition".
Politische Briefe vom 30. März: Nüchterne Prüfung und scharfe Entscheidung.
Politische Briefe vom 13. April: Allerlei aus dem Reichstag.
Politische Briefe vom 22. April: Kampf um die Partei. Schreiben an den Präsidenten vom 9. April 1916.
Politische Briefe vom 15. Mai 1916: Auf zur Maifeier! Ist auch als zweiseitiges Folioblatt gedruckt verbreitet.
Die letzte parlamentarische Aktion Karl Liebknechts vom 28. April 1916.
Gedruckte Spartakus-Briefe.
Nr. 1 vom 20. September 1916: Das Bekenntnis eines internationalen Sozialdemokraten von Armierungssoldat Liebknecht. — An das königliche Kommandanturgericht Berlin, den 8. Mai 1916.

Nr. 2 vom 5. November 1916: Nicht die alte Leier, sondern das neue Schwert.
Der Neudruck dieser Artikel erfolgte in „Spartakusbriefe". Erste Ausgabe, Bd. I und Neudruck, Bd. II. Berlin-Leipzig: Frankes Verlag, 1920/21. 8°.

Das Zuchthausurteil gegen Karl Liebknecht. (169 S.) Wörtliche Wiedergabe der Prozeßakten. Herausgegeben von der Kommunistischen Partei. Berlin 1919. 8°. Ausgabe im Verlag der Aktion Berlin-Wilmersdorf 1919 mit dem Porträt Liebknechts und einem Photo: Liebknecht auf dem Totenbette. (169 S. und Bild.)

Karl Liebknechts Briefe aus dem Felde, aus der Untersuchungshaft und dem Zuchthaus. (138 S., illustr.) Berlin-Wilmersdorf: Aktions-Verlag, 1921. 8°.

Was will der Spartakusbund? (8 S.) Zentralstelle des Spartakus-Bundes. Berlin 1918. 8°.

Für und wider die Nationalversammlung! Darin Liebknechts Rede vom 26. November 1918. S. 9 ff. (40 S.) O. V. Berlin 1918. 8°.

Lenin-Trotzki-Liebknecht: Gegen den bürgerlichen Militarismus! Gegen den Pazifismus! Für die Bewaffnung des Proletariats. (40 S.) Berlin: Junge Garde, 1921. 8°.

Karl Liebknecht, Politische Aufzeichnungen aus dem Nachlaß. (X u. 162 S.) Berlin-Wilmersdorf: Verlag der Aktion, 1921. 8°.

Karl Liebknecht, Reden und Aufsätze. (VII u. 374 S.) Hamburg: Carl Hogen Nachf., 1921. 8°.

Studien über die Bewegungsgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung. (367 S.) München: Kurt Wolff Verlag, 1922. 8°.

An die Arbeiter und Soldaten der Ententemächte. Enthalten in der Zeitschrift: Die kommunistische Internationale, Nr. 4, S. 557.

Die Krisis in der U. S. P. Referat auf dem „Gründungsparteitag der KPD. vom 30. Dezember 1918 bis 1. Jänner 1919". Enthalten in der gleichnamigen Schrift. (56 S.) Berlin 1919. 8°. S. 4 ff.

Artikel in der „Roten Fahne". Berlin 1918/19.
Nr. 4. Der neue Burgfrieden.
Nr. 6. Das, was ist.
Nr. 10. An die Proletarier aller Welt.
Nr. 29. Was will der Spartakusbund?
Nr. 32. Rede vom Balkon des preußischen Abgeordnetenhauses.

Und in:

Trotz alledem! Von Klara Zetkin. Mit Anhang: Die letzten Aufrufe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. (23 S.) Verlag Rote Fahne, Berlin, 1919. 8°.

Erklärung des Revolutionsausschusses: Ledebour, Scholze, Karl Liebknecht vom 6. Jänner 1919. Erklärung der Übernahme der Regierungsgeschäfte. Siehe „Sozialdemokratische Partei-Correspondenz", 1919, S. 55.

Besiegt — nicht überwunden. (Gedicht.) Siehe: „Die Revolution", Unabhängiges soz. Jahrbuch 1920. Berlin: Verlagsgen. „Freiheit", 1920. 8°. S. 98.

Biographische Schriften.

Kautsky, Karl: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches. Ihre Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie. (20 S.) Berlin: Verlagsgen. „Freiheit", 1921. 8°.

Kautsky Karl: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Gedächtnis. In der Zeitschrift „Der Sozialist". Berlin 1919. 5. Jahrg. Nr. 4.

Laufenberg, Heinrich: Karl Liebknecht zum Gedächtnis. (15 S.) Hamburg: Willaschek & Cie., 1919. 8°.

Levi, Paul: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Gedächtnis. (12 S.) Berlin, Kommunistische Partei Deutschlands, 1919. Lex-8°.

Karl Liebknechts letzte Tage. (8 S.) O. V., o. O., o. J. 8°.

Der Meuchelmord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. (16 S.) Berlin, Kommunistische Partei Deutschlands, 1919. 8°.

Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Zusammenfassende Darstellung des gesamten Untersuchungsmaterials mit ausführlichem Prozeßbericht. (115 S.) Berlin, Verlagsgen. „Freiheit", 1920. 8°.

Paul, Wm.: Karl Liebknecht: The Man, His Work and Message. (21 S.) Glasgow: Socialist Labour Press, 1920. 8°.

Radek, Karl: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches. (38 S., illustr.) Hamburg: Carl Hoym Nachf., 1921. Lex.-8°.

Schumann, Harry: Karl Liebknecht. Ein unpolitisches Bild seiner Persönlichkeit. (214 S. m. 12 Bildern.) Dresden: Carl Reißner, 1919. 8°.

Zetkin, Clara: Revolutionäre Kämpfe und revolutionäre Kämpfer. 1919. (32 S.) Stuttgart: Verlag Spartakus, 1919. 8°.

Weitere Literatur siehe:

Drahn, Ernst: Bibliographie des wissenschaftlichen Sozialismus. (VIII u. 160 S.) Berlin: „Kniga", Buch- und Lehrmittelgesellschaft, 1923. 8°.

Der moderne Sozialismus. S. 20 f. — Geschichte der Revolutionen. S. 29—32. — Biographien. S. 38 etc.

An unsere Leser!

Unsere Bitte, uns Ausgaben der Inprekorr. zur Verfügung zu stellen, wurde in so reichlichem Maße erfüllt, daß unser Bedarf gedeckt ist. Wir bitten daher, weitere Einsendungen vorderhand zu unterlassen.

Geschäftsleitung der Inprekorr.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.